



Substanzielles Protokoll 29. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. Dezember 2022, 21.00 Uhr bis 23.25 Uhr, in der Halle 9
in Zürich-Oerlikon

Vorsitz: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Substanzielles Protokoll: Matthias Wettach

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Martina Novak (GLP), Claudia Rabelbauer (EVP), Roger Suter (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 1. | Mitteilungen | |
| 10. | 2022/438 | Weisung vom 14.09.2022:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2023 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2023 |
| | | STR |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Persönliche Erklärung:

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Kurzhalten von Voten im Rahmen der Budgetdebatte.

Geschäfte

1145. 2022/438

Weisung vom 14.09.2022:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2023 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2023

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 28, Beschluss-Nr. 1145/2022).

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 028. und 029.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hans Dellenbach (FDP): *Es gibt einen grundsätzlichen Vorbehalt. Wir glauben, dass die Verstaatlichung von Grund und Boden oder von Eigentum generell weder zu Wohlstand noch zu Gerechtigkeit führt, sondern zu Willkür und zu wirtschaftlichem Niedergang. Wer das nicht glaubt, soll mir ein Beispiel geben, wo das nicht der Fall ist. Die Sache wäre vielleicht eine andere, wenn die Stadt eine Wohnbauoffensive planen würde, mit der hunderte neuer Wohnungen in Zusammenarbeit mit Privaten und Genossenschaften entstehen. In einem solchen Fall könnten wir ein Auge zudrücken, weil es Wohnungen braucht. Hier aber geschieht das Gegenteil: Die Stadt tritt als Mitbewerber im Markt auf, als Gegner von Privaten und Genossenschaften. Dass das irgendwann zu tieferen Immobilienpreisen führen soll, wage ich zu bezweifeln. Das überdimensionierte städtische Programm wird das Gegenteil erreichen. Finanziell ist es ausserdem nicht attraktiv für die Stadt. Bei der letzten Immobilienakquisition an der Motorenstrasse im Kreis 5 sahen wir, dass die Bruttorendite für die gekauften Wohnungen 2,5 Prozent beträgt. Diese Wohnungen werden von der Stadt fremdfinanziert, die Zinsen dafür betragen 2,1 Prozent. Es bleibt also praktisch nichts übrig für Sanierungen, Erneuerungen, den Unterhalt und Reparaturen. Es handelt sich um ein Verlustgeschäft für die Stadt und ein grossartiges Geschäft für die, die der Stadt diese Häuser verkaufen.*

Lisa Diggelmann (SP): *Mit der Volksabstimmung vom 27. September 2020 und der Zustimmung von mehr als zwei Dritteln der Stimmberechtigten wurde die Neuregelung der Finanzkompetenz für den Erwerb von Liegenschaften angenommen. Diese Forderung*

basiert auf einer Motion der Parteien SP, AL und Grünen aus dem Jahr 2018 und ermöglicht dem Stadtrat, in eigener Kompetenz Liegenschaftenkäufe zu tätigen. Es ist also die logische Folge, dass der Stadtrat entsprechende Beiträge im Budget 2023 einstellt, damit ihm die finanziellen Mittel für allfällige Käufe zur Verfügung stehen. Mit diesen rund 403 Millionen Franken für Investitionen in Grundstücke und Gebäude wird dem Gemeinderat dargelegt, dass der Stadtrat die Umsetzung des Drittelsziel vorantreibt und auf dem Immobilienmarkt als verlässliche und aktive Partnerin wahrgenommen wird. Die Mehrheit der RPK stimmt dem Stadtrat dabei zu, den Volkswillen aus dem Jahr 2011 konsequent umzusetzen. Für die SP-Fraktion ist klar, dass der Volkswillen von 76 Prozent der Stimmberechtigten aus dem Jahr 2011 – also das Drittelsziel – umgesetzt werden muss. Umso mehr erfreut es uns, dass der Stadtrat mit den beiden Beträgen von insgesamt 403 Millionen Franken ein klares und starkes Zeichen setzt. Damit wir das Drittelsziel erreichen können, braucht es neben der Unterstützung der gemeinnützigen Organisationen mittels Förderinstrumenten auch einen grossen Einsatz der Stadt. Die beiden Stellen für die Akquirierung von Liegenschaften und Grundstücken, die auf Initiative der SP geschaffen wurden, sind nun besetzt. Daher liegt es auf der Hand, dass die entsprechenden finanziellen Mittel budgetiert werden. Die SP befürwortet insbesondere diejenigen Käufe, die Objekte oder Parzellen betreffen, die von privaten Investoren erworben werden können. So entstehen in Zürich mehr gemeinnützige Wohnungen und wir kommen dem Volkswillen einen Schritt näher.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Der Stadtrat verfügt über die Kompetenz, Liegenschaften zu kaufen. Unabhängig davon, was man darüber denkt, wollte die Bevölkerung das. Selbst wenn wir das Geld aus dem Budget streichen, könnte der Stadtrat mit einem dringlichen Nachtragskredit dies beschliessen. Ob nun 50 oder 200 Millionen Franken auf dem Konto eingestellt werden, hat deswegen eher eine symbolische Bedeutung. Darum verzichten wir darauf, uns Gedanken über die Höhe zu machen. Der Stadtrat nahm sich drei Airgates vor, das sind grosse Liegenschaften. Wenn der Stadtrat die Vorstellung hat, dass er noch mehr solch grosse Liegenschaften braucht, haben wir Fragen dazu. Wenn der Stadtrat Liegenschaften von einer Genossenschaft kauft und dann argumentiert, dass damit das Drittelsziel erreicht wird, dann haben wir auch Fragen dazu. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat bei seinem bisher mehr oder weniger vernünftigen Weg bleibt und nicht eskaliert, wie sich das die Vorrednerin wünscht.

Severin Pflüger (FDP): Ich möchte auf den Volkswillen zurückkommen und auf das Protokoll zur Weisung GR Nr. 2019/172. Auf Seite 20 des entsprechenden Protokolls ist protokolliert, was STR Daniel Leupi anlässlich der Vorlage zur neuen Kompetenzordnung gesagt hat. Explizit an die linke Ratshälfte gerichtet sagte er erstens, dass die Mieten in Zürich nicht tiefer werden, wenn die Stadt in einem überteuerten Wohnungsmarkt teure Wohnungen kauft. Zweitens sagte er, dass das Instrument der neuen Kompetenzordnung nicht genügen wird, um das Drittelsziel schnell zu erreichen. Drittens sagte er, dass der Stadtrat in der damaligen Zusammensetzung vom 27. Mai 2020 nicht als aktiver Grosskäufer auf dem Markt auftreten werde. Das habe ich damals STR Daniel Leupi nicht geglaubt. Heute, am 14. Dezember 2022 werde ich darin bestätigt, dass ich ihm nicht geglaubt habe. Heute werden 400 Millionen Franken eingesetzt, um als aktiver Käufer auf dem Immobilienmarkt aufzutreten, ohne dass dies eine Wirkung auf die hohen Mietzinsen haben wird und ohne, dass das Drittelsziel allein mit diesem Mittel rasch erreicht wird.

Walter Angst (AL): Ich verstehe, dass Severin Pflüger (FDP) emotional enerviert ist. Allerdings hat sich zwischen dem Antrag von heute und dem, was STR Daniel Leupi hier vor zwei Jahren mitteilte, nichts geändert. Es ist richtig, dass wir die Mietzinsen nicht

senken können. Es ist richtig, dass die Stadt nur Liegenschaften kauft, die sich in einem Rahmen bewegen, wo man schliesslich gemeinnützige Wohnungen anbieten kann. Die neusten Käufe befinden sich in diesem Rahmen. Es ist ebenfalls richtig, dass finanzrechtlich die Gelder budgetiert werden müssen, die allenfalls ausgegeben werden. Die Diskussion um den Uetlihof zeigte das auf. Nichts Anderes macht STR Daniel Leupi und es ist alles noch gleich wie vor zwei Jahren. Es ist auch bekannt, dass man bei einem solchen Antrag von der SP vielleicht viel Geschwurbel und nicht viel Realität hört.

Florian Utz (SP): Wenn Severin Pflüger (FDP) dem Stadtrat Treuwidrigkeiten vorwirft, muss ich sagen, dass ich den Stadtrat und STR Daniel Leupi nie so verstanden habe, dass er versprochen hat, nie Liegenschaften in der Stadt zu kaufen. STR Daniel Leupi betonte stets, dass die Stadt zu aus seiner Sicht vernünftigen Preisen kaufen wird und nicht Höchstangebote abgeben wird. Das wäre treuwidrig gegenüber der Bevölkerung, so wie es der Antrag der Minderheit ist. Die Bevölkerung hat zwei Volksentscheide gefällt. Sie entschied erstens, dass der Stadtrat über die Kaufkompetenz verfügen soll. Zweitens entschied sie, dass der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen auf einen Drittel ausgebaut werden soll. Diese beiden Volksentscheide sind zusammengenommen ein sehr klarer Auftrag an den Stadtrat, um Liegenschaften zu kaufen und um sie gemeinnützig zu erhalten. Wenn der Stadtrat diese zwei Volksentscheide umsetzt, ist das nicht treuwidrig, sondern das Gegenteil. Seit der Situation von vor zwei Jahren gab es ausserdem ein paar Änderungen. Die neusten statistischen Daten zeigen sehr klar auf, wie sich die Preise auf dem privaten, gewinnorientierten Markt entwickeln. Neu erstellte, gewinnorientierte Wohnungen sind mehr als doppelt so teuer wie gemeinnützige Wohnungen. Diese massiven Zahlen sind ein Stück weit ein «Gamechanger».

Martina Zürcher (FDP): Der RPK-Präsident hat offenbar in der 96. Ratssitzung am 27. Mai 2020 nicht gut zugehört. Severin Pflüger (FDP) hat das nämlich nicht erfunden; so steht es im substanziellen Protokoll zu dieser Weisung, die die Neuordnung der Finanzkompetenzen regelt. Auf Seite 20 können Sie das nachlesen, genauso, wie das Severin Pflüger (FDP) vorhin zitierte.

S. 181	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2021	Liegenschaften Stadt Zürich				
	591006	Investitionen in Sachanlagen FV				
	7000 00 000	Investitionen in Grundstücke				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
028.	Antrag Stadtrat			200 092 000	Mehrheit	Lisa Diggelmann (SP) Referentin, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		200 092 000			0 Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referent, Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Kein weiterer Kauf von Grundstücken durch die Stadt notwendig			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ich habe unterdessen im Protokoll vom 27. Mai 2020 nachgeschaut; die betroffenen Stellen finden sich auf den Seiten 38 und 39. Die ersten zwei Punkte, die Severin Pflüger (FDP) erwähnte, habe ich so gesagt und dazu stehe ich. Aber die dritte Aussage, dass wir nicht auf dem Markt auftreten, ist sehr weit hergeholt. Ich habe gesagt, dass Käufe unverzichtbar sind. Ich habe den damaligen Präsidenten des Städteverband Kurt Fluri, ein FDP-Mitglied zitiert. Er sagte, dass die öffentliche Hand Areale erwerben müsse und dies nicht nur für den Wohnbau. Wie sich der Freisinn nun sich überrascht gibt, dass wir überaktiv auf dem Markt seien, kann nicht auf das Protokoll abgestützt werden.*

Betrifft den nachfolgenden Antrag Nr. 30 sowie die Anträge Nr. 64 und 65 (HBD)

S. 189	20 2034 590047 5040 00 000	FINANZDEPARTEMENT Wohnen und Gewerbe Wohnsiedlung Luchswiese: Ersatzneubau Hochbauten	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
030.	Antrag Stadtrat				800 000	Mehrheit
			800 000		0	Minderheit Enthaltung
		Begründung:	Projekt «Schwamendinger» von BoA atlaa GmbH, das Abbruch verhindert, als Alternative zum Siegerprojekt «Pergola» noch einmal evaluieren			
						Sven Sobernheim (GLP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Johann Widmer (SVP) Walter Angst (AL) Referent Pärparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 111 gegen 7 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 031.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martina Zürcher (FDP): *Wir beantragen eine Erhöhung der budgetierten Grundstücksgewinnsteuer um 40 Millionen Franken. Das entspricht rund zehn Prozent des budgetierten Betrags, was zu einer Verbesserung des Budgets führt. Der Antrag stammt nicht aus einem Bauchgefühl heraus. Beim Stadtrat fragten wir nach den pendenten Fällen und nach den Depotleistungen, die entsprechend einbezahlt wurden. Damit konnten wir einschätzen, dass der budgetierte Betrag zu klein ist und somit kaum dem «True and fair»-Grundsatz entspricht. Ich spreche nur von den aktuell bereits pendenten Fällen. Es geht um Liegenschaften, die nicht im Jahr 2023 verkauft werden, sondern um solche, die in diesem Jahr oder in den Vorjahren verkauft wurden. Darum kann man mit der Depotleistung abschätzen, wohin es führen wird und ob die Budgeterhöhung gerechtfertigt ist.*

Markus Haselbach (Die Mitte): Der Stadtrat budgetiert 420 Millionen Franken. Das sind 100 Millionen Franken mehr als im Vorjahr, was eine deutliche Erhöhung ist. Der Betrag hängt nicht nur von den Immobilienkäufen im nächsten Jahr ab: In der Abwicklung besteht ein Rückstau und es spielt eine Rolle, wie viel erledigt werden kann und ob es grosse oder weniger grosse Fälle sind. Die Personalressourcen sind knapp. Der Stadtrat schreibt aber, dass er nicht aufstocken will, weil es sein kann, dass es wieder weniger Immobiliengeschäfte geben wird. Die Schätzung des erwarteten Ertrags beruht auf den vorhandenen Personalressourcen, auf dem bisher erzielten Ertrag und auf der Grösse der vorhandenen Pendenzen. Die Mehrheit der RPK findet daher, dass der budgetierte Betrag von 420 Millionen Franken plausibel ist.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): Die Pendenzen könnten abgebaut werden, wenn mehr Personal sich damit beschäftigen würde. Wenn die FDP ehrlich wäre, würde sie dem Finanzdepartement eine bis zwei Stellen genehmigen, damit die Pendenzen abgebaut werden können. Damit könnten die geforderten 40 Millionen Franken erreicht werden. Ohne zusätzliche Ressourcen ist das nicht möglich und es ist ehrlich, wenn man so wie vom Stadtrat gefordert budgetiert. Natürlich könnte man die Grundstückgewinnsteuer erhöhen. Dies liegt aber nicht in der Kompetenz des Gemeinderats, sondern in der des Kantonsrats. Dort macht die FDP aber das Gegenteil: Sie reichte im letzten Jahr eine Parlamentarische Initiative ein, die eine Senkung der Grundstückgewinnsteuer fordert. Die Ermässigung soll bis zu 90 Prozent anstelle von 50 Prozent betragen. Das ist ein deutlicher Widerspruch. Im Gemeinderat wird gefordert, dass mehr Einnahmen über die Grundstückgewinnsteuer generiert werden, im Kantonsrat wird hingegen eine Abschaffung oder eine Senkung der Grundstückgewinnsteuer gefordert.

Sven Sobernheim (GLP): Damit man jetzt nicht auf Ideen kommt und verlangt, dass man dem Steueramt zwei neue Menschen geben muss, die Grundstückgewinnsteuern einschätzen: Es sind keine Menschen, die man auf dem freien Markt problemlos finden kann. Sie haben eine lange Ausbildung hinter sich. Daher ist es besser, wenn mehr Zeit für das Abarbeiten gebraucht wird, als dass Temporärstellen geschaffen werden.

S. -	20 2040 4022 00 000	FINANZDEPARTEMENT Steueramt Grundstückgewinnsteuern	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
031.	Antrag Stadtrat				-420 000 000	Mehrheit Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			40 000 000		-460 000 000	Minderheit Pärparim Avdili (FDP) Referent, Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Erhöhung der budgetierten Grundstückgewinnsteuer um 40 Millionen Franken			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

SICHERHEITSDEPARTEMENT

Antrag 032.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Der Beitrag an den Schiessstunnel soll von 53 500 Franken auf 28 500 Franken gekürzt werden. Letzte Woche behandelten wir die Weisung GR Nr. 2022/9 und haben beschlossen, dass das Nutzungskonzept am «Hasenrain» umgesetzt und somit eine niederschwellige öffentliche Erholungsnutzung für das Gebiet festgelegt wird. Das Areal der heutigen Schiessanlage wird in den öffentlichen Freiraum überführt. Die Schliessung der Anlage mit dem Abbruch des Scheibensstands erfolgt mit dem Auslaufen des Mietvertrags per Ende 2030. Die Entwicklung läuft in die Richtung «Hasenrain ohne Schiesslärm». Bis zum Jahr 2030 gilt es nun, die Lärmbelastung des bestehenden Betriebs zu minimieren. Zur Lärmbegrenzung an der Quelle können Kombinationen von organisatorischen und baulichen Massnahmen zur Anwendung kommen. Sehr effektiv ist jedoch die betriebliche Begrenzung des Betriebs und die Vermeidung des Schiessbetriebs an Sonn- und Feiertagen. Das sah auch die kantonale Fachstelle für Lärmschutz so und verfügte per Saison 2022 Einschränkungen. Zudem dürfen ab dem 1. Januar 2021 alle Schiessanlagen nur noch betrieben werden, wenn sie mit emissionsfreien, künstlichen Kugelfangnetzen bestückt sind. Im Bericht hält die kantonale Baudirektion fest, dass es schwierig ist, technische lärmdämpfende Massnahmen umzusetzen. Es ist darum für uns nicht nachvollziehbar, warum zum aktuellen Zeitpunkt noch in Schiessstunnels investiert werden soll. Die Begründung des entsprechenden Budgetantrags erwähnt die Nutzung der Anlage für Bundesübungen also für das Obligatorische Schiessen. Die Gemeinden sind verpflichtet, die entsprechenden Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Die bestehenden Anlagen in der Stadt – Albisgütli, Höggerberg, Probstei und Hürstwald – decken den Bedarf genügend ab. Für uns ist ausserdem zentral, dass der Schiessbetrieb im Jahr 2030 tatsächlich eingestellt wird und dass keine vertragliche Verlängerung stattfindet, die allenfalls eine Amortisierung der Tunnels als Begründung verwendet und eine Umsetzung des Nutzungskonzepts Hasenrain torpediert.

Johann Widmer (SVP): Auf dem Konto 3130 00 000 Dienstleistungen Dritter soll der Schiessstunnel im Hasenrain eingespart und dadurch eine Verbesserung um 25 000 Franken im Budget eingestellt werden. Der Stadtrat und eine Mehrheit lehnen den Antrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Unterdessen ist klar, dass der Schiessbetrieb Hasenrain in wenigen Jahren eingestellt wird. Letzte Woche haben wir im Gemeinderat die Umzonung bestätigt. Daran lässt sich nichts mehr ändern. Bis es so weit ist, dauert es aber noch ein paar Jahre. In dieser Zeit wollen wir die Anwohnerinnen und Anwohner so weit wie möglich vor dem störenden Lärm schützen. Dazu dient auch ein Schiessstunnel. Darunter muss man sich nicht ein grosses Bauwerk vorstellen. Es sind relativ kurze Röhren, die dort platziert werden, wo geschossen wird. Für dieses Geld könnte man keine Tunnels bauen. Die kurzen Röhren reduzieren den Lärm, reduzieren die Lärmbelastung und sind darum sinnvoll. Wenn ich daran denke, wie viel Geld wir an lärmintensiven Strassen für Schallschutzfenster oder Flüsterbeläge ausgeben, ist das hier gesprochene Geld gut eingesetzt.

Sven Sobernheim (GLP): *Es ist mir schleierhaft, wie man auf die Idee kommen kann, es verhindern zu wollen, wenn man die Möglichkeit hat, die Bevölkerung vor Lärm zu schützen, weil man den Schiessstand grundsätzlich ablehnt. Begründet wird, dass man erst zustimmen kann, wenn klar ist, dass der Schiessbetrieb enden wird. Das ist bereits erfüllt. Das wäre so, wie wenn Sie gegen Tempo 30 kämpfen würden, weil Sie überzeugt sind, dass die Stadtbevölkerung Autos ablehnt.*

Betrifft den nachfolgenden Antrag Nr. 32 sowie Antrag Nr. 61 (HBD)

S. 211	25 2500 3130 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Sicherheitsdepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
032.	Antrag Stadtrat				53 500	Mehrheit
			25 000		28 500	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Pérparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggel- mann (SP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Schiessstunnel Hasenrain nur, wenn Ende des Schiessbetriebs verbindlich vertraglich vereinbart ist			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 033.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Florian Utz (SP): *Die Frage der Polizeistellen haben wir bereits mehrfach ausführlich diskutiert, vor allem im Zusammenhang mit der Weisung des Stadtrats mit dem Bericht über die Erhöhung der Stellen. Die SP und die GLP haben damals ihre Position mit einem Postulat klargemacht. Das überwiesene Postulat forderte 43 neue Polizeistellen bis zum Jahr 2026. Wir haben unsere Position damals sehr bewusst klargemacht, damit die Stadtpolizei planen kann. Selbstverständlich halten wir dieses Versprechen auch im Rahmen dieser Budgetdebatte ein. Damit die 43 Stellen bis zum Jahr 2026 geschaffen werden können, bewilligen wir 8 zusätzliche Stellen. Per Anfang 2023 sind wir damit bei 17 zusätzlichen Stellen im Vergleich zu Anfang 2022. Ich glaube, dass das ein vernünftiger Mittelweg zwischen den nachfolgend begründeten Positionen ist.*

Michael Schmid (AL): *Die Minderheit 2 beantragt, die Anzahl der Stellen auf dem aktuellen Wert zu belassen. Eine Erhöhung der Polizeistellen ist kein wirksames und kein sinnvolles Mittel für mehr Sicherheit in der Stadt. In Zürich herrscht bereits jetzt landesweit die höchste Polizeidichte. Auch mit dem bis ins Jahr 2030 prognostizierten Bevölkerungswachstum von zwölf Prozent wird das so bleiben, selbst wenn wir die zusätzlichen Stellen nicht bewilligen. Die aktuell angespannte Personalsituation bei der Stadtpolizei ist einerseits darauf zurückzuführen, dass eine steigende Zahl bereits bestehender Stel-*

len nicht besetzt ist. Am 30. November waren es bereits 85 Vollzeitäquivalente. Andererseits verschätzt sich die Leitung nicht selten beim Einsatzdispositiv. Sie bietet beispielsweise selbst bei einer Platzkundgebung zur Situation der Frauen im Iran mit weniger als hundert Teilnehmenden auf dem Werdmühleplatz direkt neben der Hauptwache 15 Beamte auf. Die Kundgebung fand über mehrere Wochen wiederholt in gleicher Form statt, so dass ich realistischere Einschätzungen erwartet habe. Die Polizistinnen und Polizisten hätten stattdessen ihr wohlverdientes Wochenende einziehen können. Vom überwiesenen Begleitpostulat der SP und der GLP erwarten wir keine grosse Wirkung. Erstens ergibt es finanzpolitisch wenig Sinn, die Hälfte der Stellen in der Hälfte der Zeit zu bewilligen, damit in den nächsten Jahren pro Jahr gleich viele Stellen geschaffen werden können, während der Gemeinderat sowieso jährlich bei den Stellen entscheidet. Zweitens hat der Gemeinderat keinerlei Handhabe zu prüfen, wie die zusätzlichen Stellen eingesetzt werden oder etwas diesbezüglich durchzusetzen. Hier auf das Wohlwollen des Stadtrats zu setzen, sehe ich angesichts der Erfahrungen mit anderen Postulaten als naiv.

Johann Widmer (SVP): Die Mehrheit will 126 700 Franken bei der Polizei einsparen, die Minderheit 2 sogar 1,455 Millionen Franken. Das entspricht der politischen Haltung der Antragsstellenden: Die einen wollen keine Polizei mehr, die anderen wollen bei den Stellen Kosmetik betreiben. Die Minderheit 1 ist klar der Meinung, dass wir mit dem Stadtrat gehen und die beantragten Stellen vollumfänglich sprechen wollen.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): Bei diesem Antrag muss ich mich bei meiner Fraktion entschuldigen, weil ich in der Kommission falsch abgestimmt habe. Ich hätte mich enthalten sollen. Wir Grünen sind uns bezüglich des Ausbaus der Stellen bei der Polizei nicht einig und haben zwei Herzen in der grünen Brust. Für uns ist es grundsätzlich wichtig, dass die Arbeitsbedingungen bei der Polizei verbessert werden können. Die Überstunden sollen abgebaut, die Einsätze besser geplant und die freien Wochenenden bezogen werden können. Darüber, wie das erreicht werden soll, gibt es verschiedene Meinungen. Die eine Hälfte der Fraktion findet das vorgeschlagene Vorgehen des Stadtrats im Sinne der SP und der GLP richtig. Die Stellen sollen schrittweise erhöht werden, um die Situation zu verbessern. Die andere Hälfte ist der Meinung, dass es wichtig wäre, die Einsätze der Polizei zu überdenken und zu reduzieren. Insbesondere soll überdenkt werden, für welche Einsätze die Polizei wie viel Personal aufbieten soll. Es gibt Spielraum: In einer urbanen Stadt muss nicht jede kleine Kundgebung von der Polizei begleitet werden und pro Einsatz könnten weniger Polizistinnen und Polizisten aufgeboden werden. Es gibt sicher auch Anlässe, bei denen ein Polizeiaufgebot nicht nötig ist. So könnten die Überstunden und Wochenendeinsätze ebenfalls reduziert und das Personal entlastet werden. Darum haben wir für diesen Antrag Stimmfreigabe beschlossen und werden entweder für den Antrag der Minderheit 2 oder für den Antrag der Mehrheit stimmen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Den Bericht zur geplanten Stellenerhöhung haben wir hier Ende September ausgiebig behandelt. Eine Mehrheit des Gemeinderats war der Meinung, dass der Bericht so zur Kenntnis genommen werden kann. Im Bericht wurde aufgezeigt, dass man basierend auf den letzten zehn Jahren bei einer linearen Entwicklung des polizeilichen Aufwands 259 zusätzliche Stellen braucht, damit die Polizeidichte gleich hoch bleibt. Der Stadtrat entschied jedoch, dass wir den Antrag der Stadtpolizei unterstützen, 152 Stellen zu schaffen. Er gab aber auch den Auftrag, dass man das Arbeitszeitmodell der Stadtpolizei überprüft. Das Projekt Optima läuft nun. Die personelle Situation bei der

Stadtpolizei ist heute sehr angespannt. Bis auf Weiteres werden darum die Regionalwachen geschlossen bleiben. Ich will Sie darauf hinweisen, dass immer wieder Vorstösse vom Gemeinderat überwiesen werden, die wir als Stadtrat unterstützen und entgegennehmen. Vor zwei Wochen beispielsweise wurde ein Postulat zu einer spezifischen Beratungs- und Annahmestelle für Anzeigen zur sexualisierten Gewalt überwiesen. Das haben wir gerne entgegengenommen. Gerade diese Woche wurde ein neuer Vorstoss eingereicht, der ein Massnahmenpaket zur Verhinderung digitaler Gewalt fordert. Auch das nehmen wir gerne entgegen. Ich will Sie darauf hinweisen, dass wir dafür Ressourcen brauchen. Wir brauchen Personal, um all diese Aufgaben gut und richtig auszuführen.

S. 219	25	SICHERHEITSDÉPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
033.	Antrag Stadtrat				219 354 200	Minderheit 1
						Johann Widmer (SVP) Referent, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP)
			126 700		219 227 500	Mehrheit
						Präsident Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			1 455 300		217 898 900	Minderheit 2
						Walter Angst (AL) Referent
		Begründung:				Mehrheit: Schaffung von 43 Polizeistellen bis 2026 (2022: 9 Stellen; 2023: 8 Stellen; 2024: 9 Stellen; 2025: 8 Stellen; 2026: 9 Stellen) gemäss Postulat GR Nr. 2022/424 Minderheit 2: Keine Stellenplanerhöhung per 1.1.2022, Reduktion der Polizeidichte

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(219 354 200)	43 Stimmen
Antrag Mehrheit	(219 227 500)	58 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(217 898 900)	<u>16 Stimmen</u>
Total		117 Stimmen
= absolutes Mehr		59 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 64 gegen 42 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 034. und 035. (Postulat GR Nr. 2022/633).

Kommissionsminderheit:

Andreas Egli (FDP): *Gegenüber den über 250 Stellen, die eigentlich notwendig wären, haben Sie magere 8 Stellen genehmigt. Faktisch wird damit den «Defund the police»-Rufen gefolgt. Die einen werden sich beklagen, dass Polizeiposten nicht besetzt sind, die anderen beklagen sich, dass Lärmkontrollen nicht stattfinden, andere wie bei mir im Quartier beklagen sich, dass man auch auf wiederholte Anfragen unter dem Hinweis auf fehlende Ressourcen keine Unterstützung von der Polizei erhält. Automobilisten, die in der Stadt unterwegs sind, suchen teilweise sehr lange nach Parkplätzen, weil diese nicht mehr vorhanden sind. Die Parkplatzsuche ist eine zeitaufwändige Tätigkeit. Man sollte meinen, dass die Kontrolle Ruhender Verkehr nun nicht mehr den gleichen Zeitaufwand benötigt, da die nicht vorhandenen Parkplätze nicht mehr kontrolliert werden müssen. Das Personal ist geschult und weiss, welche Parkplätze nicht mehr vorhanden sind. Dementsprechend braucht es für diese Arbeit weniger Personal. Wir stellen uns vor, dass man aufgrund der reduzierten Parkplätze im Umfang von etwas mehr als zwei Stellen rund 300 000 Franken einsparen kann. Diese Stellen könnten zur Stadtpolizei übertragen werden. Uns wurde gesagt, dass das im Rahmen der Budgetdebatte nicht möglich ist. Den Antrag haben wir stehen gelassen, damit ich das Gesagte sagen kann. Zugunsten des Begleitpostulats ziehen wir den Antrag 034 zurück.*

S. 219	25 2520 3010 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
034.	Antrag Stadtrat				219 354 200	Mehrheit
						Präsident Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			300 000		219 054 200	Minderheit
						Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Da immer mehr Parkplätze abgebaut werden, soll das Personal der Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV) verringert werden.			

Andreas Egli (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Sven Sobernheim (GLP) stellt aufgrund des Rückzugs des Antrags 034. den Ordnungsantrag auf Absetzung des Antrags 035., TOP 19, GR Nr. 2022/633, «Postulat der SVP-Fraktion vom 07.12.2022: Nutzung der frei werdenden Ressourcen des Kommissariats Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV) für die Frontpolizei».

Michael Schmid (FDP) beantragt Ablehnung des Ordnungsantrags.

Dem Ordnungsantrag wird mit 74 gegen 40 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.

Das Postulat wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

Antrag 036.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yves Henz (Grüne): Ich werde Ihnen vortragen, was laut Expertinnen und Experten und Ärztinnen und Ärzten die Auswirkungen von Tränengas auf Menschen sind. Tränengas kann ein Engegefühl in der Brust, Husten, Erstickungsgefühl, Keuchen und Kurzatmigkeit auslösen. Das Einatmen von Tränengas kann ein intensiv brennendes Gefühl, Entzündungen und Schleimproduktion verursachen. Ärzte warnen vor allem auch vor den psychologischen Folgen, die Tränengas mit sich bringen kann. Desorientierung, Angst und Panik kann es auslösen. In gewissen Fällen führte es zu Posttraumatischen Belastungsstörungen und akuten Belastungsstörungen. Es kann auch zu Tränenfluss, Rötungen, Brennen, Schmerzen, verschwommenem Sehen, Schwellungen und Krämpfen führen. Ausserdem kann es zu Bindehautentzündungen führen. Zudem kann es zu Schluckbeschwerden, Übelkeit und Erbrechen führen. Hautkontakt kann zu Brennen, Rötungen, Juckreiz und allergischen Reaktionen führen. Wenn das Tränengas lange auf der Kleidung bleibt, kann es sogar zu Blasenbildungen auf der Haut führen. Chemische Reizstoffe können die Herzfrequenz und den Blutdruck erhöhen. Vor allem bei Menschen mit Herzerkrankungen ist das äusserst gefährlich. Es kann zu schweren Lungenschäden führen sowie Herz und Leber beeinträchtigen. Der direkte Aufprall eines Tränengaskanisters kann zu einem Kopftrauma, Quetschungen und Knochenbrüchen führen. In einigen Fällen führte es sogar zum Tode – nicht in der Schweiz. All diesen Gefahren werden jedes Jahr tausende Menschen in der Stadt ausgesetzt – tausende Menschen, die ein demokratisches Grundrecht wahrnehmen. Distanzmittel treffen alle, auch Unbeteiligte. Ein Entkommen ist nicht möglich. Auch schwangere Frauen, Kinder und ältere Personen, die besonders gefährdet sind, sind von den schlimmsten Folgen von Distanzmitteln betroffen. So können sie von der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte abgehalten werden. Darum wollte die Grüne-Fraktion Gummischrot ebenfalls aus dem Budget streichen. Dieses Jahr wurde aber kein solches budgetiert, weil keines gekauft wird. Der Einsatz von Distanzmitteln wie Tränengas ist einer Demokratie nicht würdig. Das Demonstrationsrecht ist ein Grundrecht, das in der Schweiz und insbesondere in Zürich respektiert werden muss. Menschen, die an Demonstrationen teilnehmen, dürfen nicht Risiken ausgesetzt werden, die nicht zu rechtfertigen sind. Das Uno-Komitee zur Verhütung von Folter zeigte sich in einer Stellungnahme besorgt. Die Verwendung von Taser-Waffen, die enormen Schaden verursachen, stellen eine Form von Folter dar und sind unter gewissen Umständen tödlich. Taser-Waffen müssen als potenziell tödliche Waffen angesehen werden, vor allem wenn sie gegen Menschen eingesetzt werden, die Herz- oder Atemprobleme haben. Der Gemeinderat sprach sich wiederholt gegen den Einsatz von Tasern aus. Dem müssen wir auch im Budget Rechnung tragen. Wir wollen nicht, dass Tränengas gegen friedliche Menschen in der Schweiz eingesetzt werden. Wer für Menschenrechte, Sicherheit, Gesundheit und die Wahrung der Demokratie einsteht, stimmt jetzt für den Änderungsantrag der Grünen.

Johann Widmer (SVP): Auf diesem Konto sollen 80 000 Franken für Reizstoff-Granaten gestrichen werden. Eine Mehrheit unterstützt diese Streichung nicht. Tränengas wird nur eingesetzt, wenn extreme Gewalt an Demonstrationen vorliegt. Das ist ein Mittel der Ultima Ratio der Polizei. Ihr müsst keine gewalttätigen Demonstrationen ausüben. Aber sich anleimen und die Hand riskieren ist kein Problem für euch. Gewalt an Demonstrationen ist kein demokratisches Recht. Die Darstellung von Tränengas als schwerwiegender Kampfstoff und als Giftgas ist übertrieben.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Als Fraktion, die den Vorstoss zur Ausrüstung der Frontpolizistinnen mit Tasern ablehnte und hier für den Antrag vom Stadtrat stimmt, muss ich mich äussern: Wer nicht unterscheiden kann, ob ein Taser bei Frontpolizistinnen und Frontpolizisten eingesetzt werden soll oder bei Spezialeinheiten, der müsste sich mehr mit unserer Polizei befassen.

Florian Utz (SP): In Bezug auf die Reizstoff-Granaten ist es so, dass sie ablaufen. Wir halten es nicht für sinnvoll, dass mit Reizstoff-Granaten gearbeitet wird, die das Ablaufdatum überschritten haben. Das ist für die Sicherheit aller Betroffenen nicht produktiv. Die Grünen entgegnen dem, dass sie nicht nur keine abgelaufenen Reizstoff-Granaten wollen, sondern überhaupt keine wollen. Ich wünsche mir auch, dass dies in unserer Stadt nicht nötig wäre und möglichst wenig gemacht wird. Darum haben wir uns Zahlen dazu von der Stadt geben lassen. Die Zahlen zeigen, dass es zu einer deutlichen Abnahme von Reizstoffeinsätzen kam. Hätte die Statistik das Gegenteil aufgezeigt, wäre meine Lust, einem Kauf zuzustimmen, sehr klein gewesen. Wir stehen ein für eine realistische Sicherheitspolitik, die zum einen versucht, dass möglichst wenig solche Einsätze gemacht werden müssen. Denn es ist nicht so einfach, wie das Johann Widmer (SVP) gesagt hat. Auch wenn an einer ganz friedlichen Demonstration nicht plötzlich mit Tränengas und Gummischrott geschossen wird, ist es trotzdem so, dass gerade Tränengas Kollateralschäden verursacht. Auch Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich friedlich verhalten, können etwas vom Tränengas zu spüren bekommen. Umgekehrt ist es leider nicht immer möglich, ohne Fernhaltemittel zu arbeiten. Denn die Alternative dazu wäre letztlich ein Zweikampf im unfriedlichen Ordnungsdienst. Ob das zu besseren Ergebnissen führt, bezweifle ich. Wir wollen, dass Tränengas möglichst wenig eingesetzt wird. Auch bei der Frage der Verhältnismässigkeit muss man sehr genau hinschauen. Wir wollen ausserdem, dass die Stadtpolizei weiterhin entsprechende Einsätze möglichst reduziert. Gleichzeitig sehen wir, dass ein kompletter Verzicht zum heutigen Zeitpunkt wenig realistisch ist und die Gefahr von noch grösseren Kollateralschäden mit sich bringen kann.

Michael Schmid (AL): Wenn die Reizstoff-Granaten ablaufen, dann wünschen wir uns, dass gar keine mehr gebraucht werden. Der Einsatz von Reizstoff bei Kundgebungen ist für uns ein denkbar schlechtes Mittel. Sie führen oft zu Panik und zu einer Eskalation der Situation. Der Einsatz von Tränengas kann bei Personen mit Atemwegsproblemen wie Asthma oder Bronchitis sowie bei Personen mit Nieren- oder Leberschäden zu ernsthaften Komplikationen führen. Dabei müssen sie nicht an der Auseinandersetzung mit der Polizei beteiligt sein oder an der Demonstration teilnehmen. Es reicht, zufällig in der Nähe zu sein, beispielsweise auf dem Spielplatz auf der Josefwiase. Im Krieg ist es seit der Chemiewaffenkonvention, die im Jahr 1997 in Kraft trat und von der Schweiz ratifiziert wurde, verboten, Tränengas einzusetzen. Beim Kampf gegen die eigene Bevölkerung gilt das offenbar nicht.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ich möchte Yves Henz (Grüne) für die Aufklärung danken, die er in bewegenden und eindrücklichen Worten lieferte. Es kam mir allerdings vor, wie wenn er einen Beipackzettel verlesen würde. Beipackzettel werden von Pharmafirmen in Packungen gelegt, um auf eventuelle Nebenwirkungen hinzuweisen. Selbst wenn die Chance auf Nebenwirkungen minim oder praktisch null ist, sichern sie sich somit ab. Das führt dazu, dass man nach dem Lesen der Beipackzettel solche Symptome entwickelt – rein aufgrund der Lektüre. Wenn das Ganze an die grosse Glocke gehängt wird, dramatisiert man damit unnötig. Wir haben ein Demonstrationsrecht, aber wir haben kein Recht auf Krawall. Wir müssen uns im Klaren sein, dass, wenn bei Krawallen nichts gemacht wird, Schäden entstehen, die viel grösser sind als das, was man auf dem Beipackzettel als Eventualitäten kleinster Wahrscheinlichkeit lesen kann.

Andreas Egli (FDP): Ich weiss nicht, welche Symptome STR Karin Rykart entwickeln wird, wenn sie das Protokoll der Reden ihrer Fraktionsmitglieder liest – das ist ein Thema für sich. Man muss annehmen, dass es eine grausam-dämonische Führung in der Stadtpolizei gibt. Wir nehmen ausserdem zur Kenntnis, dass Sie hier wiederholt monieren, dass in der Stadtpolizei zu wenig Polizistinnen tätig sind. Sie müssen wissen, dass statistisch gesehen – trotz dem Willen zur Gleichberechtigung – Frauen im Schnitt zwischen zehn und dreissig Prozent weniger kräftig sind als Männer. Es geht um den Durchschnitt. Für Frauen ist vielleicht die Vorstellung einer Stelle, wo sie sich regelmässig mit schwierigen Gestalten prügeln müssen, nicht sehr attraktiv. Ein Mittel, um das zu verhindern, sind Fernhaltemittel wie Reizgas bei Demonstrationen oder Taser bei einer Bedrohung durch den Einsatz eines Messers. Diese Mittel wollen Sie der Stadtpolizei entziehen. Das ist letztlich wieder eine «Defund the police»-Forderung. Es ist Zeit, dass Sie dazu stehen und nicht um den heissen Brei sprechen. Gleichzeitig müssten Sie dann ihre Stadträtin als Sicherheitsvorsteherin zurückziehen.

Luca Maggi (Grüne): Die Debatte um diesen Antrag und das Votum von Florian Utz (SP) zeigen exemplarisch das Problem an Sicherheitsdebatten im Gemeinderat. Man nimmt den Status quo als gegeben. Wenn die Polizei etwas fordert oder wünscht, dann sieht sich der Rat als Umsetzungsorgan dieser Forderung. Hier ist es das gleiche, wenn Florian Utz (SP) mit Pirouetten versucht zu erklären, warum die SP eigentlich Tränengas nicht gut findet und dieses eigentlich kaum eingesetzt werden soll, sie dann aber trotzdem den Neuanschaffungen zustimmt. Das Argument, dass nicht abgelaufene Tränengaspatronen eingesetzt werden sollen, ist absurd. Es ist logisch, dass diese nicht eingesetzt werden, wenn sie abgelaufen sind. Unser Ziel wäre genau das: So gefährliche Distanzmittel wie Tränengas und auch Gummischrot solle nicht mehr eingesetzt werden. Weil aber die kantonale Einsatzmittelverordnung dies vorsieht, bleibt uns nichts Anderes übrig, als in einer Budgetdebatte zu diesem Zeitpunkt, zu dem das Einsatzmittel ausläuft, dafür zu sorgen, dass es nicht mehr angeschafft wird. Wenn die Debatte aber auf diesem Stand bleibt, lehnen wir letztes Jahr die Aufstockung bei der Polizei ab, dieses Jahr stimmen wir ihr zu, bei den Bodycams sind wir am Anfang kritisch, stimmen ihr aber trotzdem zu. So ändert sich in der Sicherheits- und Polizeidebatte nie etwas.

Stephan Iten (SVP): Gefahrenkategorien bei Sekundenkleber: Ätz- und Reizwirkung auf die Haut, schwere Augenschädigungen, spezifische Zielorgan-Toxizitäten, kann die Atemwege reizen, verursacht schwere Augenreizungen, verursacht Hautreizungen. Gefahrenkategorien bei der Critical Mass: hoher Blutdruck, Brechreiz, Aggressionen. Alles bitte in der Stadt verbieten.

Moritz Bögli (AL): Ich stehe gerne dazu: Ich stehe für «Defund the police». Aus eigener Erfahrung kann ich bestätigen, was Yves Henz (Grüne) beschrieben hat. Das Hauptproblem ist aber, wie die Polizei entscheidet, wie diese Mittel eingesetzt werden. Von der SVP hörten wir, dass es um Krawalle gehen würde. Mehrheitlich, wenn nicht ausschliesslich, setzt die Polizei diese Mittel aber ein, wenn es friedlich Demonstrierende sind, die ihrem Recht nach Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit nachgehen. Ich muss Ihnen nicht die Geschichte erzählen des Schweizer und des Zürcher Polizeikorps, die ohne Provokation mit Gummischrot und Tränengas in Mengen geschossen haben, wodurch Demonstrierende Augen verloren haben. In Basel werden momentan immer noch Prozesse geführt, weil es die Polizei für sinnvoll erachtete, in die Menge zu schiessen. Das geschieht auch in Zürich. Es wird nicht reagiert, das Tränengas wird proaktiv bei Demonstrierenden eingesetzt, die der Polizei nicht gefallen. Das ist nicht akzeptabel. Tränengas gehört deshalb nicht in die Ausrüstung der Polizei.

S. 220	25 2520 3101 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Betriebs-, Verbrauchsmaterial				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
036.	Antrag Stadtrat				2 780 100	Mehrheit
						Johann Widmer (SVP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			80 000		2 700 100	Minderheit
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL)
		Begründung:	Keine Neubeschaffung von Reizstoffgranaten (Fr. 60 000), keine Neubeschaffung von Munition Taser (Fr. 20 000)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 037.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Busekros (Grüne): *Ich stelle mich hier freiwillig vor die Kamera. Jetzt halte ich euch den Spiegel vor und ihr wisst, dass dies live übertragen und gespeichert wird. Jetzt wird jemand versteckt und heimlich gefilmt. Das wird auch übertragen und gespeichert. Das ist ärgerlich. Genauso geht es Menschen an Demonstrationen, die ihren politischen Rechten nachgehen. Sie werden auf öffentlichem Grund mit Drohnen gefilmt und überwacht. Das wollen wir nicht. Lehnt darum diese 50 000 Franken für die Drohnen ab.*

Johann Widmer (SVP): *Auf diesem Konto sollen 50 000 Franken an Multikopter eingespart werden. Die Mehrheit stimmt dieser Kürzung nicht zu.*

S. 220	25 2520 3111 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
037.	Antrag Stadtrat				2 933 300	Mehrheit
						Johann Widmer (SVP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			50 000		2 883 300	Minderheit
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL)
		Begründung:	Multikopter: Kein Ausbau, Reduktion auf Vorjahresbudget			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 038.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Andreas Egli (FDP): Wir beantragen eine Verbesserung um 500 000 Franken. Viele Stellen wurden zusätzlich gebucht. Einerseits sind es solche für den Rechtsdienst zur Behandlung der Rechtsmittelverfahren im Zusammenhang mit Velovorzugsrouten und andererseits werden zusätzliche Stellen für die Ausführung dieser Projekte beantragt. Meines Wissens befinden sich mehr oder weniger alle der aufgelegten Projekte in der Rechtsmittelrunde. Das heisst, dass Personal in diesem Bereich zumindest vorübergehend tatsächlich gebraucht wird. Wenn es aber vorübergehend Personal braucht, um die Rechtsmittelverfahren zu behandeln und in diesen Verfahren die Projekte aber letztlich auf die lange Bank geschoben werden, dann braucht es die Stellen für die Ausführung der Projekte in diesem Jahr noch nicht. Deshalb beantragen wir diese Stellenkürzung.

Florian Utz (SP): Aus Sicht der Mehrheit geht es beim Wärmenetz auf der einen und bei den Velovorzugsrouten auf der anderen Seite um sehr wichtige Projekte. Sie wurden mindestens teilweise durch Volksentscheide gestützt. Darum begrüsst die Mehrheit, dass der Stadtrat vorwärts macht und die notwendigen Stellen beantragt.

S. 236	25 2555 3010 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
038.	Antrag Stadtrat			12 343 000 96 000 N	Mehrheit
			500 000	11 939 000	Minderheit
					Präsident Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
					Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Steichen von 4 Stellen ab November 2023 für Ausbau Wärmenetze (werden seit Jahren ausgebaut, mit bestehenden Stellen arbeiten) und von 3 Stellen für Verkehrsprojekte (Velovorzugsrouten sind momentan gestoppt und können bis auf Weiteres nicht umgesetzt werden).		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Antrag 039.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): *Wir sind beim Departementssekretariat und dort bei den Kosten für Drucksachen und Publikationen. Betrachtet man die Historie dieses Kontos, ist es beachtlich. Früher haben wir 20 000 oder 30 000 Franken eingestellt. Im Jahr 2019 waren es 50 000 Franken in der Rechnung. Im Jahr 2020 mussten wir 93 000 Franken in der Pandemie für Drucksachen ausgeben. Im Jahr 2021 normalisierte es sich mit 60 000 Franken in der Rechnung. Das Budget für dieses Jahr lag bei knapp 90 000 Franken, für das nächste Jahr sollen es 152 000 Franken sein. Innerhalb von kürzester Zeit wurde das Konto von etwa 20 000 Franken auf 152 000 Franken aufgebläht. Das scheint uns speziell. Betrachtet man die anderen Konti im Departementssekretariat, sind diese ähnlich aufgebläht, überall findet sich ein Wachstum in dieser Grösse. Wir haben diesbezüglich entsprechende Anträge gestellt. Die meisten gingen tabellarisch auf, dieser blieb übrig. Bald sind wieder Wahlen. Die GLP wirbt dabei um meine Stimme. Argumentiert wird, dass die GLP finanzpolitisch genau wie die FDP ist – nur ein wenig ökologischer. Es ist schade, dass es der FDP nicht gelingt, unser ökologisches Gewissen besser zu transportieren. Ich freue mich aber, dass die FDP in der Finanzpolitik immer noch das Mass aller Dinge ist. Darum will ich STR Andreas Hauri aufordern, als Mitglied der Exekutive und der GLP in diesem Punkt freisinniger zu sein. In all diesen Konten hat das Wachstum meist mit der Altersstrategie zu tun. Es geht aber nicht um die konkrete Umsetzung dieser Massnahmen, sondern vor allem um die Kommunikation dieser Massnahmen. Ich glaube, dass es wichtiger ist, dass die Massnahmen umgesetzt werden. Das ist insbesondere so, wenn man in der Altersstrategie nachliest, was zur Kommunikation steht: Diese soll an einem zentralen Ort erfolgen und die digitalen Fähigkeiten der älteren Bevölkerung sollen verbessert werden. Darum sind wir der Meinung, dass es durchaus möglich ist, hier zu sparen. Ich will noch aus dem Protokoll wortwörtlich vorlesen, das Martina Zürcher (FDP), STR Daniel Leupi und ich mehrmals zitierten: «Es ist nicht zu erwarten, dass der jetzige Stadtrat oder auch der zukünftige als Grosskäufer auf dem Bodenmarkt auftritt.» Für mich sind 400 Millionen Franken und der Kauf des Uetlihofs ein Grosskauf.*

Alan David Sangines (SP): *Es geht um Drucksachen, die die FDP streichen will. Wir haben von verschiedenen Zahlen auf dem Konto gehört. Wie mit den Buchstaben auf den Plakaten nehmt ihr es auch mit den Details nicht so genau auf dem Konto: Ihr durchmischt Kraut und Rüben. Damals habe man nur 20 000 oder 50 000 Franken ausgegeben. Wo ist aber das grosse Geld? Am Ende hat Severin Pflüger (FDP) noch die Kurve gekriegt und gesagt, dass das grosse Geld für die Kommunikation der Altersstrategie benötigt wird. Auf dem Konto sind 110 000 Franken für die Kommunikation der Altersstrategie reserviert. 65 000 Franken sollen mit der Begründung gestrichen werden, dass digitalisiert werden soll. Wenn die Altersstrategie die Angebote mit Drucksachen an die ältere Bevölkerung bringen will, finde ich es bemerkenswert, dass die Bekanntmachung der Angebote der Altersstrategie bei der älteren Bevölkerung digital erfolgen soll. Die FDP will, dass die älteren Leute sich digital über die Altersstrategie informieren. Gerade die SVP, die sich immer wieder für die ältere Bevölkerung einsetzt, ging der FDP auf den Leim. Seid ihr tatsächlich der Meinung, dass die Altersstrategie an die ältere Bevölkerung via Digitalisierung kommuniziert werden soll?*

Weitere Wortmeldung:

Anthony Goldstein (FDP): Als Mitglied der älteren Generation und mit bald 74 Jahren als ältestes Mitglied im Gemeinderat: Für mich ist digital in Ordnung.

S. 243	30 3000 3102 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat Drucksachen, Publikationen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
039.	Antrag Stadtrat			152 000	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		65 000		87 000	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referent, Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Aufgrund der Digitalisierung werden weniger Druckprodukte benötigt				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 040.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Wir beantragen zum Leid der FDP – weil es um eine Unterstützung einer externen Fachexpertise geht – und zur Freude der älteren Bevölkerung, 50 000 Franken für eine Konzeptentwicklung für den Start eines Pilotprojekts im Jahr 2024 mit dem Namen «Quartierassistenz» ins Budget einzustellen. STR Andreas Hauri unterstützt diesen Antrag in der vorliegenden Form. Worauf wurzelt die Idee der Quartierassistenz? Sie geht zurück auf eine Gruppe von neun Einwohnerinnen und Einwohnern aus Albisrieden, die über 50 Jahre alt sind und die sich auf Initiative des Seniorenrats mit dem Thema «altersfreundliches Albisrieden» auseinandergesetzt haben. Sie haben damals festgestellt, dass das Quartier gemessen an den öffentlichen und privaten Angeboten und bezüglich Lebensqualität als ausgesprochen altersfreundlich bezeichnet werden kann. Trotzdem haben sie gesehen, dass mit gestiegenem Alter und mit den damit verbundenen individuellen Einschränkungen der Zugang zu verschiedenen Angeboten immer schwerer fällt. Ähnliche Resultate zeigten auch die Vorarbeiten zur städtischen Altersstrategie. Die Gruppe hat im Jahr 2019 bereits den Vorschlag gemacht, eine Quartierassistenz einzurichten. Spezifisch in Albisrieden wurde das Thema im Jahr 2022 nochmals aufgegriffen, weil die Gruppe nicht erfolgreich war. Sie fragten, was das auch im Zuge der Pandemie bedeutet, in der insbesondere ältere Menschen als vulnerable Gruppe in Bezug auf ihr Rückzugsverhalten und auf Einsamkeit davon betroffen sind. Für Menschen mit Defiziten in der Mobilität, der Kognition und der Sinnesleistungen kann die Zugänglichkeit zu den bestehenden Angeboten erschwert sein. Für manche ist sogar deren Kenntnisnahme schwierig. Die Gruppe hat darum nachvollziehbarerweise erneut die Implementierung einer Quartierassistenz angeregt, um ein aufsuchendes Kontakt- und Beratungsangebot im Quartier einzurichten. Es soll niederschwellig sein, unbürokratisch angeboten werden, Menschen bei der Verbesserung der Lebensqualität unterstützen, Menschen in Notlagen helfen und zu der Synergienutzung

der verschiedenen Angebote im Quartier beitragen. Der Stadtrat anerkennt dieses Anliegen und sieht den Bedarf. Er plant ein stadtweites Projekt im Jahr 2024. Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Solche Modelle der Versorgung kennt man aus anderen Ländern. Auch in der Schweiz bestehen ähnliche Modelle wie beispielsweise in Horgen. Unter Einbezug einer Expertise, die bereits Erfahrungen hat, kann die Konzepterarbeitung unterstützt werden.

Cathrine Pauli (FDP): Auf dem Konto befinden sich 1,4 Millionen Franken. Wir haben eine ausführliche Liste über die einzelnen Positionen erhalten. Ein Pilotprojekt von 50 000 Franken kann man in einem laufenden Jahr abwickeln, darum lehnt die Mehrheit das ab. Nun spreche ich als Mitglied der FDP und als Präsidentin der Clara-Fehr-Stiftung, einer Stiftung im Bereich Alter und Alterswohnen für Frauen. Für die FDP ist es wichtig, dass ältere Menschen möglichst lange und selbstbestimmt zuhause wohnen können. Wir sind davon überzeugt, dass es niederschwellige Angebote zur Begleitung und Betreuung von älteren Menschen geben soll. Im Rahmen meiner Diplomarbeit über Gerontologie habe ich mich mit dem Gründer Christian Casparis über Quartierassistenten unterhalten. Das ist eine grossartige Sache. Wir sind aber nicht davon überzeugt, dass es die Aufgabe der Stadt sein muss, in einem solchen Bereich ein Pilotprojekt durchzuführen. Bereits im Jahr 2020 gab es eine breit aufgestellte Forschungsarbeit durch das Institut für soziale Arbeit in St. Gallen. Die Gesamtprojektkosten betragen 500 000 Franken. Das Projekt wurde von der Age-Stiftung begleitet und die wichtigsten Punkte für eine erfolgreiche Implementierung von nachbarschaftsorientierten Stellen wurden beschrieben. Wenn man das im Detail betrachtet, dann muss ich mich fragen, ob 50 000 Franken für das Pilotprojekt ausreichen werden. Ich halte es für einen Farce-Antrag und ich frage mich, warum es eine Staatsaufgabe sein soll, ein Pilotprojekt durchzuführen. Wäre es nicht angebracht, eine geeignete Stiftung zu finden, die längerfristig ein solches Projekt begleiten kann? Ich denke beispielsweise an die Stiftung Diakoniewerk Neumünster in Zürich oder an die Quellenhof-Stiftung in Winterthur, die bereits im Bereich Alterswohnungen und Angebote für ältere Menschen sehr innovativ unterwegs sind. In diesem Zusammenhang gibt es auch eine Reihe von anderen Stiftungen, die solche Projekte finanzieren. Ein Beispiel ist die Age-Stiftung, die eine Kooperation im Rahmen des Roundtables Alter der SwissFoundations begleitet. Einige Stiftungen sind dort beteiligt, die genau solche Projekte unterstützen, eine davon ist die Clara-Fehr-Stiftung.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Ich fühle mich herausgefordert, Ordnung in das Votum der AL-Referentin zu bringen. In einer ersten Runde stellte die AL Geld zur Umsetzung des Quartierkümmerers oder der aufsuchenden Arbeit für ältere Bewohnende ein. Darauf antwortete der Stadtrat, dass er im Jahr 2023 eine Neuausrichtung plant und ein niederschwelliges Informations- und Beratungsangebot aufstellen will, das im Jahr 2024 als Pilotprojekt startet. Eine Umsetzung im Jahr 2023 sei also nicht möglich. Darauf beantragte die AL 50 000 Franken für das Pilotprojekt, um sagen zu können, dass dies für sie die richtige Richtung ist. Der Stadtrat akzeptiert die 50 000 Franken und wird das Anliegen prüfen. Der Stadtrat ist jetzt nicht mehr dagegen, aber er macht im Jahr 2023 so oder so eine Auslegeordnung. Daher macht es keinen Unterschied, ob mit den 50 000 Franken gesagt wird, dass dieses Puzzleteil gut sei. Der Stadtrat soll die Auslegeordnung machen und das Konzept neu erarbeiten, wir müssen nicht eine kleine Richtung vorgeben.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Es kann vorkommen, dass etwas auf einem falschen Konto platziert wird und dass das geändert werden muss. Es war definitiv nicht so, dass

wir das danach herausgenommen haben. Der Betrag war zuerst an einer Stelle angehängt, das war aber nicht die Idee. Es geschah nicht in der Folge, dass wir schlichtweg 50 000 Franken einstellen wollen. Das geschah in Absprache, denn es ist sinnvoll, dass das Projekt auf den richtigen Weg geschickt wird. In der gemeinsamen Absprache stellte sich heraus, dass ein Betrag für eine externe Begleitung und für eine saubere Aufgleisung sinnvoll ist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Wie das genau geschah, dass man zu den 50 000 Franken kam, ist nicht entscheidend. Die Frage ist, was wir mit der Quartierassistenten machen. In der Altersstrategie hielten wir fest, dass wir verschiedene regionale Beratungsstellen in den Quartieren wollen. Diese bauen wir auf. Ausserdem prüfen wir die Quartierassistenten. Das geschieht im Lauf des nächsten Jahres. Ab Mitte Jahr haben wir eine zusätzliche Stelle budgetiert, die die ganze Konzeption der Projektleitung übernimmt, sodass im Jahr 2024 ein Pilotprojekt an einem oder an mehreren Orten gestartet werden kann. Zuerst war eine Stelle eingeplant, was wir geändert haben, weil die Stelle bereits von unserer Seite geplant war. Ich habe nicht gesagt, dass ich vom Antrag begeistert bin, ich habe das als Kompromiss vorgeschlagen. Wenn ihr ein Zeichen setzen wollt, dann hilft uns das insofern, dass wir sicher noch rascher mit der externen Unterstützung das Ziel erreichen. Grundsätzlich sind wir aber der Meinung, dass wir so budgetiert haben, dass ab dem Jahr 2024 sowieso das Pilotprojekt startet. Wenn Sie uns die 50 000 Franken geben wollen, ist das in Ordnung.

S. 246	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3010	Städtische Gesundheitsdienste			
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
040.	Antrag Stadtrat			1 428 600	Minderheit
			50 000	1 478 600	Mehrheit
					Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
					Walter Angst (AL) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung: Quartierassistenten: Unterstützung der Konzeptentwicklung für Start Pilotprojekt im Jahr 2024			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 041. bis 043.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Es geht um die Gesundheitszentren für das Alter und das Stadtspital Zürich an den Standorten Triemli inklusive Europaallee sowie Waid. Im ersten Antrag geht es um zusätzlich 1 Million Franken für einen verstärkten Ressourceneinsatz für die Umsetzung des vom Stadtrat im Mai lancierten Programms «Stärkung Pflege». Im zweiten Antrag zum Standort Triemli sind es 600 000 Franken, im dritten für den Standort Waid 400 000 Franken. In den letzten Monaten waren schweizweit rund 13 000 Pflegestellen unbesetzt. Ein Jahr nach der Annahme der Pflegeinitiative verlassen in der Schweiz im Schnitt 300 Pflegenden pro Monat ihren Beruf. Auch die Fluktuation am Stadtspital ging noch nicht so weit zurück, dass sie als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Wir sahen im Tertiälerbericht, dass momentan noch ein hoher monetärer Einsatz für temporäres Personal nötig ist. Die Umsetzung der Pflegeinitiative geht zu lange. Die Initiative spendete eine Hoffnung, die sich langsam in Luft auflöst. Das ist sehr frustrierend. Wir wissen aus der Erfahrung der letzten zwei Jahre, dass Pflegenden Grosses leisten, um unsere Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten. Das hat seinen Preis. Er zeigt sich längerfristig in Erschöpfung und damit verbundenen Berufsaustritten. Alle Beteiligten – Kanton, Gemeinden, Arbeitgeberinnen – sind jetzt dazu aufzurufen, einen Gang höher zu schalten und die Arbeitsbedingungen so weit zu verbessern, dass ein Boden geschaffen wird, damit die erste Tranche der Volksinitiative für eine starke Pflege, also die Ausbildungsoffensive, ohne Verzug umgesetzt werden kann. Der Stadtrat wurde mit dem Programm «Stärkung Pflege» früh aktiv. Als erste Massnahme wurden lohnwirksame Funktionsstufen-Erhöhlungen umgesetzt, was ein sehr wichtiger Schritt war. Dabei gab es einen Wermutstropfen: Die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner wurden bei diesen Erhöhungen nicht berücksichtigt. Das ist aber ein Problem, das auf einem anderen Weg gelöst werden muss. Die weiteren Ziele des Programms «Stärkung Pflege» greifen verschiedene Aspekte auf, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und den Personalbestand zu erhalten. Das muss das oberste Credo sein. Es geht darum, zu verhindern, dass noch mehr Angestellte diesen Beruf verlassen. Der Betrag soll für eine Konkretisierung des Programms und für eine Forcierung der Umsetzung zur Verfügung stehen. Das Stadtspital und die Gesundheitszentren für das Alter haben in etwa den gleichen Zeitplan, aber leicht andere Schwerpunkte. Das spielt keine Rolle, denn es geht insgesamt um flexibilisierte Arbeitszeitmodelle, um Entlastungen bei der täglichen Arbeit, um eine saubere Kompetenzzuweisung zwischen den verschiedenen Berufsgruppen, um die Weiterbildung, um Laufbahnmodelle, um Führung, um die Kulturentwicklung im Team und so weiter. Der Betrag soll für die Kosten eingesetzt werden, die jetzt in der Umsetzungsphase in beiden Bereichen, der Initialisierung und der Konzeptionalisierung anfallen. Im Quartal 3 des Jahres 2022 bis zum Quartal 4 des Jahres 2024 ist das Ganze in der Umsetzung und muss am Ende evaluiert werden. Der Betrag soll für diese Phase für die Mediation und Zeitgutsprachen eingesetzt werden, damit Weiterbildungen während der Arbeitszeit besucht werden können; für personelle Ressourcen, um Veränderungen wie eine erhöhte Selbstorganisation in Teams zu begleiten, damit Veränderungen greifen; für Coaching; für Teamentwicklungsmaßnahmen; für Kinderbetreuung; für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was eine grosse Herausforderung vor allem im Schichtbetrieb ist. Bei diesem Punkt lässt sich noch einiges verbessern, damit man Familienmänner und Familienfrauen in diesem Beruf behalten kann.

Markus Haselbach (Die Mitte): Bei diesen drei Anträgen geht es um mehr Geld für das Programm «Stärkung Pflege». Zu diesen Budget-Posten wurden einige Fragen im RPK-Tool gestellt und beantwortet. Aus den Antworten geht hervor, dass der Mehraufwand

für das Programm «Stärkung Pflege» im vorgelegten Budget bereits berücksichtigt ist. Deshalb unterstützt eine Minderheit den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Für die Stärkung der Pflege wurde genügend Geld budgetiert. Blockiert wird vor allem wegen der komplizierten städtischen Strukturen, die die Umsetzung in vielen Bereichen verhindern. Darum wechseln wir zum Stadtrat und lehnen die symbolischen Anträge ab.

Alan David Sangines (SP): Das Programm «Stärkung Pflege» wurde lanciert, wofür wir dem Gesundheitsvorsteher danken. Trotzdem sehen wir, dass das Programm nur schleppend vorankommt. In der Pflege ist es nicht fünf vor zwölf, es ist fünf nach zwölf. Jedes Mal hören wir, dass genügend Geld vorhanden sei und wir abwarten sollen – das Volk hat aber mit der Pflegeinitiative überdeutlich gesagt, dass jetzt wirklich mehr in die Pflege investiert werden soll. Es gab einen Gegenvorschlag, der auch viel Geld für die Pflege vorsah. Nur fand das Volk: Nein. Es sind Jahr für Jahr bei der Budgetdebatte die gleichen Argumente vor allem von der FDP und der GLP: Man habe Geld und es soll abgewartet werden. Ich erinnere an die letzte Budgetdebatte. Die gleichen Argumente wurden verwendet: Es brauche keine Pflegeassistenzen und kein Stationssekretariat. Dank unseren Anträgen und entgegen eurem Willen wurden sie eingeführt. Sie haben sich sehr bewährt und wurden wieder budgetiert, nachdem sich das Gesundheits- und Umweltdepartement das letzte Mal dagegen gewehrt hat. Ähnlich sieht es bei der «Stärkung Pflege» aus. Man begann mit dem Aufbau eines Pflege-Pools, der noch nicht sehr voll ist. Wenn mit der Pflege vorwärts gemacht werden soll, dann muss das Geld jetzt investiert werden. 1 Million Franken ist kein riesiger Betrag, um über vier verschiedene Häuser Geld zu investieren, um die Pflege zu stärken. Erkennen Sie die Zeichen der Zeit und unterstützen Sie die Anträge.

Julia Hofstetter (Grüne): Mit dem Programm «Stärkung Pflege» hat Zürich in diesem Jahr Wichtiges angestossen und geleistet. Die Forderungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege und Betreuungsberufen stiessen auf offene Ohren. Es geschieht etwas. Einsätze, Dienstpläne und Teilzeitmodelle wurden optimiert und individualisiert und Zürich stufte knapp 3000 Personen in der Pflege, der Betreuung und weiteren nicht-ärztlichen Funktionen im städtischen Lohnsystem höher ein. Die Löhne wurden seit diesem Jahr attraktiver. Zürich befindet sich auf einem vielversprechenden Weg und doch bleibt noch viel zu tun. Wir sind uns bewusst, dass es mehr braucht, als Gelder für die Pflege und Betreuung zu sprechen. Dass Menschen von ihrem Beruf ausgelaugt werden, hat viele Gründe. Auch der Fachkräftemangel hat viele Gründe. Es geht nicht nur um Geld, aber es geht auch um Geld. Darum schliessen wir uns den AL-Forderungen an. Wir wollen mehr Ressourcen für das Programm «Stärkung Pflege».

Patrick Hässig (GLP): Sven Sobernheim (GLP) führte die Haltung der GLP-Fraktion aus. Ich will transparent machen, weshalb ich anders als unsere Fraktion stimmen werde. Seit eineinhalb Jahren setze ich mich für Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner ein, nicht zuletzt auch für die nationale Pflegeinitiative, die vom Volk mit 61 Prozent deutlich angenommen wurde. Das Stadtspital und die Gesundheitszentren für das Alter befinden sich auf einem sehr guten Weg. Bereits jetzt sind sie nicht zuletzt wegen der Arbeit von STR Andreas Hauri in einer Vorreiterrolle. Die Lage im Pflegebereich ist aber noch nicht besser und bei vielen geht es nicht primär um den Lohn. Dieser ist bei der Stadt sehr gut. Es geht vor allem um die Arbeitsbedingungen. Beim Programm «Stärkung Pflege» geht es um diese Arbeitsbedingungen. Darum ist es richtig, dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, um möglichst das Maximum herauszuholen. Ein Bei-

spiel ist das schnellere Einführen von flexibleren Bedingungen von Pool-Mitarbeiterinnen oder der Entlastung der Ausbilderinnen. Sie halten sich jeden Tag nur knapp über Wasser und werden den Lernenden und Studierenden annähernd gerecht. Ohne genügend Ausbilderinnen nützt die nationale Ausbildungsoffensive nichts. Wer bildet die jungen Menschen in der Praxis aus, wenn es keine Ausbilderinnen mehr auf den Stationen gibt? Wir brauchen diese Leute. STR Daniel Leupi sagte es in dieser Debatte: Man findet im Budget immer Positionen, bei denen man noch nicht genau weiss, wofür das Geld gebraucht wird. Darum ist es nur halb so schlimm, dass für die Pflege und das Programm «Stärkung Pflege» ein Beitrag gesprochen wird, der dort eingesetzt werden kann, wo er am meisten und schnellsten gebraucht wird. Ich habe das Vertrauen in die Verwaltung, dass sie das so machen wird.

Severin Pflüger (FDP): Wir wechseln von der Enthaltung zum Stadtrat. Wir haben genau zugehört: Es muss schneller gehen und es muss besser gemacht werden. Geld allein ist kein Garant dafür, dass es schneller geht und dass es besser gemacht wird. Patrick Hässig (GLP) sagte, dass es schneller und besser gemacht werden muss und dass wir noch nicht wissen, was es ist. Vielleicht kostet das mehr, weshalb wir auf Vorrat mehr Geld einsetzen. Dafür haben wir Nachtragskredite, die rechtzeitig problemlos gesprochen werden können. Es geht um ein Symbol. Und wenn es darum geht, ein Symbol für die Pflege zu setzen, dann setze ich das gerne: Die FDP will eine starke Pflege und dass die Berufe, bei denen es um den Menschen geht und die nur von Menschen geleistet werden können, eine Zukunft haben. Wir sehen eine grosse Zukunft in unserer Arbeitswelt. Darum sind uns diese Berufe sehr wichtig. Wir können dieses Symbol ohne einen Franken Budgeterhöhung setzen.

David Ondraschek (Die Mitte): Die Steuergelder sind dafür da, dass sie gezielt eingesetzt werden. Der Stadtrat hat sein Budget beantragt und benötigt im Rahmen des Programms «Stärkung Pflege» keine zusätzlichen finanziellen Mittel. 2 Millionen Franken zusätzlich zu budgetieren, um sich das Engagement für die Pflege auf die Fahne schreiben zu können, sollte nicht unserem Stil entsprechen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Pflegefachleute leisten Grossartiges, bereits vor der Pandemie und auch jetzt. Die Umsetzung der Pflegeinitiative geht tatsächlich zu langsam voran. Das ist ein Grund, warum wir in Zürich das Programm «Stärkung Pflege» lanciert haben. Wir haben die Löhne von 70 Prozent der Pflegefachleute erhöht und dies teilweise deutlich. Im nächsten Jahr ist das Budget bei den Personalkosten für die Pflege um über 20 Millionen Franken höher. Nebst der Lohnerhöhung gibt es viele qualitative Optimierungen, die wir angepackt haben und auch weiter anpacken werden. Wir haben einen genauen Plan, den wir der Öffentlichkeit präsentiert haben. Sie alle sind darüber informiert, wo wir ansetzen wollen. Die entsprechenden Massnahmen sind entweder bereits pilotiert oder wir arbeiten an der Aufgleisung. Es sind qualitative Massnahmen, mehr Flexibilität, Entlastung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Stärkung der Weiterbildung und der Fortbildungsangebote. Diese wichtigen Massnahmen sind budgetiert. Ich habe Ideen gehört, die bereits grossmehrheitlich von uns im Programm «Stärkung Pflege» präsentiert wurden. Sie sind wichtig und bereits budgetiert. Diese Massnahmen setzen wir konsequent um. Wir haben einen sehr klaren Plan des Programms «Stärkung Pflege». Wir halten an der Umsetzung fest. Die Gelder, die Sie uns sprechen wollen, brauchen wir im Moment nicht, weil wir sie bereits budgetiert haben.

S. 45	30 3025 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheitszentren für das Alter Wohnen, Betreuung und Pflege	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
041.	Antrag Stadtrat				13 883 400	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Johann Widmer (SVP)
				1 000 000	14 883 400	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
						Enthaltung	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
							Begründung: Mehr Ressourcen für die Umsetzung «Programm Stärkung Pflege»

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 042.

Wortmeldungen siehe Antrag 041.

S. 69	30 3035 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Zürich Medizinische Dienstleistungen Standort Triemli (inkl. Europaallee)	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
042.	Antrag Stadtrat				14 512 000	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Johann Widmer (SVP)
				600 000	15 112 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
						Enthaltung	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
							Begründung: Mehr Ressourcen für die Umsetzung «Programm Stärkung Pflege»

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 043.

Wortmeldungen siehe Antrag 041.

S. 69	30 3035 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Zürich Medizinische Dienstleistungen Standort Waid				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
043.	Antrag Stadtrat				8 384 300	Minderheit
				400 000	8 784 300	Mehrheit
						Enthaltung
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Johann Widmer (SVP)
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
						Begründung: Mehr Ressourcen für die Umsetzung «Programm Stärkung Pflege»

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Antrag 044.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *Wir sind beim Antrag für Veloabstellplätze. Die Veloinfrastruktur ist in der Bevölkerung ein grosses Anliegen. Abstimmungen für mehr Veloinfrastrukturen gewannen stets klare Mehrheiten. In der letzten Budgetdebatte forderten wir bereits, dass 500 zusätzliche Veloabstellplätze geschaffen werden sollen. Der Antrag wurde angenommen und sehr gut umgesetzt. Die ersten rund 250 Veloabstellplätze wurden bereits geschaffen, weitere rund 250 Veloabstellplätze sind derzeit in der Umsetzung oder in der Endphase der Planung und werden bis Ende Jahr oder Anfang nächstes Jahr umgesetzt. Es ist weiterhin erforderlich, dass weiterhin neue Veloabstellplätze geschaffen werden. Darum wollen wir, dass STR Simone Brander genauso erfolgreich weitermachen kann, wie das in diesem Jahr der Fall war.*

Sven Sobernheim (GLP): *Der Rahmenkredit Velo, der von der Bevölkerung angenommen wurde, sieht die Finanzierung der Veloabstellplätze vor. Es braucht also kein zusätzliches Geld im Budget, das Geld ist bereits vorgesehen. Wir wollten letztes Jahr das Zeichen setzen, dass wir Veloabstellplätze wollen. Geld ist aber nicht das Problem, sondern höchstens der Willen. Wenn der Willen das Problem ist, dann ist es spannend, dass eine SP-Stadträtin aufgefordert werden muss, Veloabstellplätze zu bauen.*

Weitere Wortmeldung:

Stephan Iten (SVP): *Es ist sehr verwunderlich. Mittwoch für Mittwoch diskutieren wir darüber, dass Parkplätze vom öffentlichen Grund verschwinden müssen und dass sie gemäss der Parkplatzverordnung (PPV) auf privaten Grund erstellt werden müssen. Die PPV gilt aber auch für das Velo. Wir müssen Platz schaffen, sagen Sie, für Velowege, für Bäume, für Hitzeminderung, für die Fussgänger. Wir haben keinen Platz für Parkplätze. Jetzt verlangen Sie mehr Veloabstellplätze – dabei haben wir keinen Platz dafür. Wir brauchen Platz für Velowege, für Fussgänger und für Bäume.*

S. 272	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3141 00 000	Unterhalt Strassen und Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
044.	Antrag Stadtrat				16 578 600	Minderheit
						Sven Sobernheim (GLP) Referent, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
				550 000	17 128 600	Mehrheit
						Präsident Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
						Enthaltung
						Walter Angst (AL)
		Begründung:	Erstellen von 500 zusätzlichen Veloabstellplätzen			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 045.

Kommissionsminderheiten:

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Es geht um 200 000 Franken. Im Vergleich zum gesamten Budget mag das ein geringer Betrag sein. Aber wenn man sich überlegt, dass die wenigsten Leute in diesem Land im Jahr so viel verdienen, relativiert sich das Ganze. Es geht uns bei diesem Thema darum, an gewissen Orten Luft rauszulassen. Man sieht, dass man mit einfachen Mitteln ein Zeichen setzen kann, ohne dass es zu wirklichen Einsparungen im Sinne von Leistungskürzungen kommt. Das wäre, wie wenn der Kaffee plötzlich 6.50 Franken statt 5 Franken kosten würde. Man hat über 30 Prozent Luft. Ein ZVV-Abonnement für den gesamten Kanton würde knapp 3000 Franken statt aktuell rund 2200 Franken kosten. Es gibt viel Luft im Budget, was wir in den letzten Jahren nie ausgeschöpft haben. Wir haben rund 780 000 Franken, dann 790 000 Franken, dann 830 000 Franken und jetzt 892 000 Franken budgetiert. Effektiv ausgegeben haben wir nie mehr als 700 000 Franken. Wir sehen nicht, warum es hier unnötig Luft braucht. Geben Sie sich einen Ruck und nehmen Sie die unnötige Luft aus dem Budget.*

Sven Sobernheim (GLP): Ich habe durchaus Sympathien für das Herauslassen von Luft. Aber wenn man Fragen im Budget stellt, sollte man auch die Antworten lesen. Der Stadtrat begründete klar, warum er das Budget um einen Drittel gegenüber dem, was er früher brauchte, erhöht: Er will die Lebensdauer des Fuhrparks erhöhen und hat die Teuerung bei den Service- und Reparaturkosten budgetiert. Die Erhöhung gegenüber den Vorjahren ist daher begründet.

Weitere Wortmeldung:

Cathrine Pauli (FDP): Die FDP wechselt von der Enthaltung in die Minderheit 2.

S. 272	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3151 00 000	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
045.	Antrag Stadtrat			892 000	Minderheit 1	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne)
		192 000		700 000	Minderheit 2	Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Das Budget wurde in den letzten Jahren nie ausgeschöpft, deshalb Reduzierung auf Betrag Rechnung 2019			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 1 mit 77 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 046.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP): Es gibt Dinge, von denen man nicht glaubt, dass sie einen so lange durch die Parlamentszeit begleiten. Aus dem Gestaltungsplan Thurgauerstrasse haben wir die Anschlusspunkte für die «Zu Fuss Gehenden»-Passerelle gestrichen. Als Mehrheit des Gemeinderats haben wir eine Motion zur Umgestaltung der Thurgauerstrasse mit einem Spurabbau und einem Tieftempokonzert überwiesen. Als Mehrheit des Parlaments lehnten wir ein Postulat ab, in dem die SVP eine Passerelle aus Holz gefordert hat. Wir haben gesagt, dass wir kein Passerelle wollen. Trotzdem müssen wir in der Ausschreibung des Baurechts für die Thurgauerstrasse feststellen, dass die Passerelle nicht tot zu kriegen ist und dass diese plötzlich wieder angegeben wird als etwas, das es braucht. Im Gestaltungsplan 2018 hiess es noch, dass man die Passerelle für Schulkinder braucht. Die Schulkinder schaffen es jetzt, die Strasse zu überqueren. Neu sind jetzt die Kindergartenkinder das Problem. Diese müssen aber gemäss dem Erläuterungsbericht des Gestaltungsplans die Strasse nicht überqueren. Wir haben im Jahr 2018 Kindergartenkinder, die die Strasse nicht überqueren müssen und im Jahr 2022 Kindergartenkinder, die die Passerelle brauchen. An der Thurgauerstrasse bauen wir ein Schulhaus mit zwei Kindergärten. Das Schulhaus wird im Jahr 2024 eröffnet. Dieses

befindet sich auf der einen Seite der Thurgauerstrasse. Auf der anderen Seite bauen wir eine Wohnsiedlung, die im Jahr 2025 eröffnet wird. Dort hat es vier Kindergärten. Jetzt sieht der Stadtrat entgegen seiner Planung aus dem Jahr 2018 in einem Jahr vor, dass allenfalls Kinder von der einen Seite der Thurgauerstrasse auf die andere gebracht werden müssen. Dafür will der Stadtrat die Passerelle bauen, obwohl wir bereits vielfach gesagt haben, dass wir sie nicht wollen. Es ist also relativ einfach. Wenn Sie dem Stadtrat das Zeichen geben wollen, dass wir zwar drei Mal sagen können, dass wir gegen etwas sind, uns aber beim vierten Mal überzeugen lassen, dann stimmen Sie mit dem Stadtrat. Wenn Sie dem Stadtrat das Zeichen geben wollen, dass wir immer noch hinter dem stehen, was wir bereits drei Mal beschlossen haben, dann müssen Sie der Streichung zustimmen. Wenn Sie wollen, dass wir eine Stadt bauen, in der zu Fuss Gehende, auch wenn es ein kleines Kind ist, die Strasse sicher überqueren können, dann müssen Sie gegen den Stadtrat stimmen. Wenn Sie der Meinung sind, dass die zu Fuss Gehenden wie beim Bucheggplatz in den Himmel gehängt werden sollen, dann stimmen Sie mit dem Stadtrat.

Johann Widmer (SVP): Die Passerelle über die Thurgauerstrasse beschäftigt den Rat bereits seit Jahren. Eine Mehrheit will die Passerelle streichen. Die Minderheit findet aber, dass sie endlich gebaut werden soll. Sie ist sicher für alle zu Fuss Gehenden. Wie wir vorgeschlagen haben, könnte sie aus einheimischem Holz erstellt werden. Wenn wir sie dann nicht mehr brauchen, kann sie abgebaut und das Holz für das Heizen gebraucht werden.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Die SP bleibt bei ihrer Position gegen die Passerelle. Bereits als der Gestaltungsplan Thurgauerstrasse behandelt wurde, stimmten wir gegen die Passerelle, weil wir stadtverträgliche, menschenverträgliche Lösungen wollen, bei denen die Fussgängerinnen und Fussgänger jeden Alters die Strasse sicher überqueren können. Wir wollen nicht eine Stadt, die in zwei Ebenen gebaut wird. Eine Ebene für Fussgängerinnen und Fussgänger und ebenerdig die totale Autodominanz. Wir hielten an dieser Position auch fest, als die SVP mit einem Postulat einen Rückkommensantrag einreichte, der die Passerelle wieder forderte. Auch mit der Holz-Version hielten wir an unserer Position fest. Ich hoffe, dass es bei diesen zwei Rückkommensanträgen bleibt und dass wir nicht Jahr für Jahr immer wieder über das gleiche abstimmen müssen.

Markus Knauss (Grüne): Ich verstehe diesen Antrag und warum an dieser Passerelle festgehalten wird nicht. Ich stelle fest, dass es an vielen Orten in der Stadt Situationen gibt, die ähnlich wie an der Thurgauerstrasse sind. Das hat damit zu tun, dass Zürich mit Tempo 30 zu langsam vorwärts macht, was wir wiederholt monierten. Es gibt zwei Beispiele, die ich recherchiert habe. Über die Albisriederstrasse müssen Schulkinder durch Schullotsen begleitet werden, wenn sie vom Heiligfeld in das Aemtler-Schulhaus gehen. Ein anderes Beispiel ist die Limmatstrasse. Sie ist ein Riegel für die Kinder, die aus dem Quartier in die Schule Kornhaus gehen. Auch sie müssen begleitet werden. Bei beiden Beispielen wird Tempo 30 in den nächsten Jahren nicht kommen. Die Quintessenz daraus ist, dass die Stassen sicher gemacht werden sollen. Auch Trams und Busse können langsam fahren, wenn Schulkinder unterwegs sind. Die Idee einer technischen Sicherheit durch eine Passerelle soll nicht aufrechterhalten werden, von den Schulkindern wird sie sowieso nicht genutzt. Wenn das die Lösung wäre, müsste in der Stadt sowieso an vielen Orten Passerellen aufgestellt werden. Das wollen wir nicht.

Andreas Egli (FDP): Sven Sobernheim (GLP) gebärdet sich als Don Quijote, als Kämpfer gegen die wilden Passerellen. Eigentlich ist er nicht bekannt dafür, dass er in der

Vergangenheit lebt. Er nannte die Jahre 2017 oder 2018: Damals hat man Dinge geplant und sich vorgestellt, dass es so kommt. Die Realität aber findet heute statt. Die Realität ist, dass es Kindergartenkinder hat, die die Thurgauerstrasse überqueren müssen. Die Eltern von Kindern im Kindergartenalter sind durchaus nicht unglücklich, wenn sie die Gewissheit haben, dass die Kinder die Passerelle nutzen können. Es geht nicht um die totale Autodominanz: Es wird dort weiterhin einen Fussgängerstreifen haben, der von denen überquert werden kann, die das wollen. Es macht aber Sinn, dass den Kindergartenkindern die Möglichkeit gegeben wird, eine Passerelle zu nutzen. Es wurde erwähnt, dass Überquerungsassistenzen in Anspruch genommen werden können, die zur entsprechenden Zeit auf der Strasse stehen und die Kindergartenkinder über die Strasse begleiten. Das findet tatsächlich vor dem Beginn und nach dem Ende des Kindergartens statt und das kann dort Sinn machen. Man besucht seine Gspänli aber auch ausserhalb der Kindergartenzeit. Ich habe keine Kinder, aber ich kenne Eltern, denen die Passerelle ein Anliegen ist. Ihr könnt ihnen dann den Entscheid erklären, wenn dann ein Kind von einem langsamen Tram erfasst wird. Sie haben die Geschwindigkeit noch nicht im Griff und können darum nicht gefahrlos eine solche Strasse überqueren. Die Passerelle wäre sinnvoll, weshalb wir von der Enthaltung in die Unterstützung des Stadtrats wechseln.

Derek Richter (SVP): Markus Knauss (Grüne), du weisst, dass die Trams dort ein eigenes Trasse haben und deshalb mit Tempo 60 fahren dürfen. Dort willst du Kindergartenkinder durchführen? Das kann nicht dein Ernst sein. Die linke Seite muss dem MIV eine valable Alternative geben. Stimmen Sie für den Zusammenschluss der Glatttalstrasse zur Glattparkstrasse. Dafür können Sie die Schaffhauserstrasse und die Thurgauerstrasse für den Preis von 300 Meter Strasse haben. So einfach wäre es.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: Mit dem vorliegenden Antrag wollen Sie 125 000 Franken für eine Passerelle einsparen, die aus Sicherheitsgründen unerlässlich ist. Selbstverständlich kann ich mich an die vergangenen Debatten erinnern, bei denen das Argument vor allem war, dass die Passerelle von einer autofokussierten Stadt zeugen würde. Dabei zeugt die Passerelle einzig und allein davon, dass uns die Sicherheit der Schul- und Kindergartenkinder am Herzen liegt. Im Gebiet links und rechts der Thurgauerstrasse wurden in den letzten Jahren viele Wohnungen gebaut und viele Familien mit Kindern zügelten dorthin. Mit der Überbauung Thurgauerstrasse kommen noch viel mehr Familien ins Gebiet, weshalb wir ein neues Schulhaus bauen. Das Einzugsgebiet liegt auf beiden Seiten der Thurgauerstrasse. Die neue Schule hat insgesamt 18 Primarschulklassen und 6 Kindergärten. Das sind über 600 Kinder. Die Kreisschulbehörde erwartet, dass in der neuen städtischen Wohnsiedlung Leutschenbach viele Primar- und Kindergartenkinder wohnen werden, die die Thurgauerstrasse auf dem Schulweg überqueren müssen. Die Thurgauerstrasse wird in den nächsten Jahren deutlich vom Verkehr entlastet und temporeduziert. Pro Richtung gibt es jeweils eine Spur für den MIV und für den Veloverkehr. Tempo 30 wird eingeführt und die Tramlinie bleibt bestehen. Trotz dieser Entschärfung bleibt die Situation gerade für die Kinder im Kindergartenalter höchst anspruchsvoll. Das sagen die Fachleute der Schulinstruktion der Stadtpolizei. Ein Schulweg muss per Definition so sicher sein, dass ihn die Kinder aller Altersstufen selbstständig benutzen können. Ausserdem muss der Schulweg so sein, dass auch ein unkonzentriertes Kind nicht in Gefahr gerät. Nach Einschätzung der Schulinstruktion und der Verkehrssicherheit ist das bei der Thurgauerstrasse ohne Passerelle nicht der Fall. Insgesamt gibt es drei Etappen, die überquert werden müssen. Gefährlich wird es, wenn man auf die falsche Ampel schaut, die der übernächsten Etappe. Wenn ich vor dem

Tram-Trasse stehe, aber die Ampel der MIV-Spur dahinter anschau, dann kann letztere grün anzeigen, obwohl ein Tram kommt. Das ist vor allem für junge Kinder sehr gefährlich, die vielleicht verspielt und verträumt sind. Natürlich können wir alle drei Etappen gleichschalten. Das kam als Vorschlag. Aber das wollen wir nicht, weil die Leute sonst vielleicht ein Tram verpassen und um das zu verhindern bei Rot die Strasse überqueren. Auch für die Verkehrssicherheitsexpertinnen und -experten braucht es darum eine Passerelle, damit die jüngeren Kinder die Thurgauerstrasse sicher überqueren können. Wenn Sie die 125 000 Franken für die Passerelle streichen, dann müssen wir einen Lotsendienst organisieren. Das wird nicht günstig. Wenn man nur mit der Kindergartenzeit mit fünf Morgen, zwei Nachmittagen und der Auffang- und Unterrichtszeit rechnet, dann kommt man auf einen zeitlichen Aufwand von vorsichtig geschätzten elf Stunden pro Woche. Ob es eine oder zwei Personen für die Verkehrsregelung braucht, muss noch geprüft werden. Wahrscheinlich wird es zwei brauchen, was rund 110 Franken pro Stunde kosten wird. Im Jahr summiert sich das auf 50 000 Franken für die Kindergartenkinder. Es ist gut möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich, dass auch die Eltern der tieferen Klassen für ihre Kinder einen Lotsenservice fordern werden. Das bedeutet, dass mehr Nachmittage dazukommen. Das Geld, das Sie für die Passerelle streichen wollen, werden wir nach 2,5 Jahren für den Lotsendienst ausgegeben haben. Dabei ist nicht sicher, ob das Personal für den Lotsendienst gefunden werden kann. Die Anfangszeiten mit den langen Pausen dazwischen sind nicht sehr attraktiv. Auch beim Verkehrsdienst ist es laut der Dienstabteilung Verkehr momentan sehr schwierig, Personal zu finden. Für die Sicherheit der Kindergarten- und Schulkinder rund um die Thurgauerstrasse bitte ich Sie, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Sven Sobernheim (GLP): *In den Budget-Antworten hiess es überall, dass es die Passerelle für die Kindergartenkinder braucht und dass die Schulkinder ohne Probleme die Strasse überqueren können. Heute sprechen wir immer wieder von den Schulkindern. Wenn es nur um Kindergartenkinder geht, dann entstehen in der neuen Wohnsiedlung Leutschenbach vier Kindergärten für die Kinder aus der Siedlung. Im Schulhaus Thurgauerstrasse sind es nur zwei Kindergärten. Ich glaube, dass man Argumente sucht, um die Passerelle zu erhalten. Vielleicht sollte eine neue Auslegeordnung gemacht werden. Was braucht man dort wirklich, was will man und was will man nicht. Denn die Antworten werden von Jahr zu Jahr widersprüchlicher.*

S. 274		35		TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
		3515		Tiefbauamt				
		510101		Bau von Fussgängeranlagen: Sammelkonto				
		5010 00 000		Strassen und Verkehrswege				
				Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
046.	Antrag Stadtrat					8 184 500	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent
				125 000		8 059 500	Mehrheit	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Markus Haselbach (Die Mitte)
							Enthaltung	Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP)

Begründung: Verzicht auf Passerelle Thurgauerstrasse und Einhaltung der Weisung GR Nr. 2018/88 (vgl. Seite 10, Erläuterungsbericht GP Thurgauerstrasse: «Kindergartenkinder werden ausschliesslich aus dem Areal Thurgauerstrasse kommen») und Umsetzung der Motion GR Nr. 2019/129 «Umgestaltung Thurgauerstrasse»

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 047.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP): «Kreisel verlangen von Velofahrenden anspruchsvolle Manöver, die zu einem höheren Unsicherheitsgefühl führen können.» Diese Aussage stammt vom Stadtrat als Antwort auf eine Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP) und mir zu Kreisel und Velofahrenden in der Stadt. Weiter schreibt der Stadtrat, dass der grosse Vorteil eines Kreisels sei, dass zu Fuss Gehende nicht mehr warten müssen. Sie müssen aber ein wenig weiter gehen. Ob der Vorteil wirklich so gross ist, sei dahingestellt. Es geht um den Kreisel Birchplatz. Der Stadtrat sagt, dass es diesen brauche, weil wir aus Kapazitätsgründen nur so an diesem Ort zuführende Velospuren erstellen können. Was ist der Nutzen von zuführenden Velospuren, wenn ich als Velofahrender danach im Kreisel abgeschossen werde? Wie auch das Bundesamt für Strassen (ASTRA) sagt, gibt es für Velofahrende beinahe nichts unsichereres als Kreisel, ob das nun subjektiv oder real ist. Denn vor dem Kreisel muss ich die Velospur verlassen und mich vor das Auto einreihen, um nachher in der Kreiselspur in der Mitte zu fahren. Dann muss ich mich gegen das Hupen und Fluchen physisch und psychisch wehren. Die Kreisel wurden aufgrund des Handbuchs optimiert, was dazu führte, dass die zuführenden Velospuren noch früher vor dem Kreisel enden, weshalb ich mich noch früher vor das Auto drängen muss. Wer schon einen «Velosack» vor einem Lichtsignal verwendet hat, weiss, dass es fast nichts Unangenehmeres gibt, als wenn man vor einem Auto fahren muss und sich nicht auf die eigene Spur zurückziehen kann. Es wird aber noch besser: Der Stadtrat sagt, dass es den Kreisel aus Kapazitätsgründen braucht. Der Kanton Luzern baut zurzeit relativ viele seiner «Minikreisel», wie der Kreisel Birchplatz einer wäre, zurück, weil die Kapazität gegen Kreisel spricht und sie lieber Knoten mit Lichtsignalanlagen bauen. Wenn man an der Knotenstruktur festhalten will, wird man einzelne Abbiegebeziehungen aufheben müssen. Das sind aber Abbiegebeziehungen, die eine untergeordnete Funktion haben. Wir haben noch wichtigere Probleme. Der Kreisel Birchplatz befindet sich parallel zur Affolternstrasse. Sie ist eine unserer Velovorzugsrouten. Dafür muss ich also mit dem Velo die Zu- und Abfahrt zum Kreisel queren. Aktuell ist auch dieser Knoten mit einem Lichtsignal gesteuert. Das ist in Zukunft aufgrund der Kreiselu- und -abfahrt nicht mehr möglich. Daher wird es ein ungeregelter Knoten sein, den ich queren muss. Ganz ungeregelt ist er nicht. Als Velofahrender habe ich eine Trottoirüberfahrt und muss darum auf der Velovorzugsroute hoffen, dass ich auf der Autohauptachse Platz haben werde, um sie queren zu können. Es ist also einerseits ein Kreisel, der für Velofahrende unsicher ist und andererseits ein Attraktivitätsabbau auf der geplanten Velovorzugsroute. Wir wollen darum 150 000 Franken für eine besser Lösung einstellen und nicht für eine Planung, die uns für die nächsten 30 bis 40 Jahre blockiert. Der Stadtrat sagt, dass man es nicht schafft, den Kreisel vor dem Tram Affoltern zu bauen, wenn jetzt neu geplant wird, denn das Tram Affoltern kommt im Jahr 2030. Ich habe mir die Mühe gemacht und Dokumente der SK SID/V studiert. Das Beste, das ich gefunden habe: Der Baustart des Tram Affoltern im Januar 2023. Das schaffen wir nicht mehr. Sprechen Sie darum Geld für die Neuplanung, wir haben Zeit.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die geplante Lösung mit dem Kreisel ist zugegebenermassen nicht ideal für die Velos. Es ist aber eine deutliche Verbesserung, weil die Veloinfrastruktur neu bis zur Kreuzung führt. Die Kreiselösung erlaubt einen Spurabbau. Die Platzverhältnisse sind eng. Mit dem Bauprojekt wird das gemacht, was möglich ist. Deshalb unterstützt eine Minderheit der RPK den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): Ob der Kreisel die beste Lösung ist oder nicht: Das heute von der Stadt Geplante ist unabdingbar, um die Verkehrsmenge abwickeln zu können. Es stellt sich aber die Frage, warum ein System, das heute funktioniert, derart abgeändert werden muss. Ich bin nicht der Meinung, dass man schlichtweg eine Abbiegespur aufheben kann und dass dann alles wieder gut ist. Mit dem Gesamtkonzept sind wir nicht ganz einverstanden. Das betrifft aber nicht nur den Kreisel. Ob es am Ende den Kreisel braucht, wird sich zeigen. Ich schliesse mich an: Sprechen Sie das Geld, wir haben Zeit.

Florian Utz (SP): Markus Haselbach (Die Mitte), du hast gesagt, dass die Lösung für Velofahrende nicht ideal ist, dass es aber besser als die heutige Lösung sei. Für mich persönlich als Velofahrer ist die heutige Lösung tatsächlich weniger schlimm als ein Kreisel. Die heutige Lösung ist nicht sehr velofreundlich, aber sie ist nicht so schlimm wie ein Kreisel. Ein Beispiel für einen Kreisel, den wir alle kennen, ist der Albisriederplatz. Für Velofahrerinnen und Velofahrer ist die Situation dort unmöglich. Der Stadtrat schreibt auch explizit auf den Birchplatz bezogen: «Kreisel verlangen von Velofahrenden anspruchsvolle Manöver, die zu einem höheren Unsicherheitsgefühl führen können.» Das wollen wir als Sozialdemokraten nicht in unserer Stadt. Wir wollen nicht, dass für Velofahrende unsichere Lösungen entstehen, wir wollen nicht, dass Velofahrerinnen und Velofahrer anspruchsvolle Manöver vollziehen müssen. Wir wollen eine Stadt, in der man von 8 bis 88 Jahren sicher Velofahren kann. Darum sind wir gegen diese Kreiselösung, die nicht nur zu einer gefühlten, sondern auch zu einer realen Unsicherheit führt.

Andreas Egli (FDP): Dieser Kreisel ist unter anderem darum geplant, weil man den Velofahrenden zusätzliche Sicherheit gönnt und für sie eine bessere Lösung finden will. Gleichzeitig stellt man fest, dass ein Kreisel nicht das Gelbe vom Ei ist. Es wurde kommuniziert, dass wenn man sieht, dass die Situation gefährlich ist und regelmässig Velofahrer verunfallen, eine Umfahrungsmöglichkeit und eine alternative Route vorhanden ist. So gesehen überzeugt das Projekt nicht und es wäre wohl besser, von Anfang an für die Velofahrenden die Alternativroute zu wählen und auf den Kreisel zu verzichten.

Derek Richter (SVP): Auch die SVP wechselt in die Mehrheit. Als uns das Projekt in der Kommission vorgestellt wurde, stellte man uns diverse Varianten vor. Man orientierte sich an den engen Platzverhältnissen, die anspruchsvoll für alle sind. Ich fragte, ob die VBZ mit Gelenkbussen dort fahren können, was bejaht wurde. Mit dem Start des Tram Affoltern ist nicht so schnell zu rechnen: Eine Aufschiebung um ein Jahr ist daher kein Problem.

S. 276	35 3515 513000 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto Strassen und Verkehrswege			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
047.	Antrag Stadtrat			6 933 800	Minderheit
					Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Johann Widmer (SVP)

150 000	7 083 800	Mehrheit	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
		Enthaltung	Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP)
Begründung:	Birchplatz: Planung eines sicheren Veloangebots, auch im Knotenbereich, und somit ein Verzicht auf den geplanten Kreisverkehr		

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 109 gegen 7 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 048.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Sobernheim (GLP): *Es geht um etwas relativ Einfaches. Aktuell haben wir «Züri Velo 1.0». Das sind die bekannten PubliBike-Stationen. Vor kurzem lief die Ausschreibung für «Züri Velo 2.0». Beim «Züri Velo 1.0» musste der Betreiber die Stelen – die schwarz-grünen Ständer – selbst aufstellen. Das war vor allem so, weil die Stelen einen technischen Nutzen haben: Sie haben einen Empfänger, der erkennt, wenn das Velo in der Nähe abgestellt wird. Für «Züri Velo 2.0» wird explizit festgehalten, dass die Stelen keinen Nutzen haben dürfen, das Velo muss alle Technik selbst mitbringen. Das ist auch einer der Gründe, warum sich der Stadtrat entschied, die Stelen nicht mehr durch den Betreiber beschaffen zu lassen, sondern selbst beschafft. Die Stadt stellt also reine Werbestelen ohne technischen Nutzen auf, die im Strassenraum stehen. Das schätzen wir nicht und beantragen darum, die 800 000 Franken zur Beschaffung der Stelen aus dem Budget zu streichen.*

Felix Moser (Grüne): *Die Mehrheit der RPK ist grundsätzlich der Meinung, dass es die Stelen braucht. Denn auch künftig sollen die Abstellplätze für die Velos vom Verleihsystem sichtbar sein. So sieht man sofort, wo das Velo parkiert werden soll und darf und das Wildparkieren der Velos wird verhindert. Mit den Stelen ist das Veloverleihsystem sichtbar, was es sein darf und muss. So werden die Menschen auf das System aufmerksam gemacht. Auch andere Verkehrsanbieter machen auf ihre Angebote aufmerksam. Jede Bushaltestelle verfügt über Tafeln, jeder Taxistand hat auch mindestens ein Schild; warum sollten es nicht auch die Velostationen haben? Was mich sehr stört: Falls nach der Submission ein neuer Anbieter die Stände übernimmt, müssen die bestehenden Stelen entfernt und vermutlich verschrottet werden. Aus submissionsrechtlichen Gründen dürfen sie nicht von PubliBike abgekauft werden. Das finde ich schräg und das zeigt, dass bei den Submissionsregelungen ein gewisser Handlungsbedarf besteht. Ich hoffe, dass sich eine Möglichkeit finden wird, damit die bestehenden Stelen weiterverwendet werden können. Wichtig für uns ist die Sichtbarkeit und die ordnungsgemässe Parkierung der Velos.*

Weitere Wortmeldung:

Stephan Iten (SVP): *Wir waren irritiert. Denn immer, wenn Sven Sobernheim (GLP) und der Veloverein in einen Zusammenhang gebracht werden, gehen wir davon aus, dass er den Veloverleih verstaatlichen will. So kenne ich ihn. Nach seinem Votum können wir aber mit gutem Gewissen von der Mehrheit in die Minderheit wechseln.*

S. 284	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	561000	Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge				
	5060 00 000	Mobilien				
		Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag		Stimmen
048.	Antrag Stadtrat			1 300 000	Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Johann Widmer (SVP)
		800 000		500 000	Minderheit	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung:	Es ist nicht mehr zeitgemäss, mit Infostelen im öffentlichen Raum für einen privaten Veloverleih zu werben.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 30, Beschluss-Nr. 1145/2022).

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1158. 2022/668

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 32 Mitunterzeichnenden vom 14.12.2022:
Entscheidung der Stiftung Limmathaus Zürich, Beurteilung der Kehrtwendungen betreffend Auflösung der Stiftung und der Finanzierung der Sanierung des Limmathauses, Haltung der städtischen Delegierten, Details zum Darlehensvertrag, mögliche Zwischennutzung für den Erhalt des X-TRA sowie allfällige Beiträge für den künftigen Mieter Impact Hub**

Von Stefan Urech (SVP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 32 Mitunterzeichnenden ist am 14. Dezember 2022 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Kürzlich liess die Stiftung Limmathaus Zürich über die Medien verlauten, dass der Stiftungsrat an dem sowohl politisch als auch gesellschaftlich umstrittenen Entscheid einer Nutzungsänderung im Limmathauses

festhalten will. (Anmerkung: Bis heute haben sich über 8'000 Personen für einen Erhalt des X-TRA ausgesprochen.)

Ebenso teilte die Stiftung mit, die grosszyklische Sanierung des Limmathauses plötzlich mit privaten Geldern finanzieren zu wollen. Bislang beabsichtigte die Stiftung, die dafür nötigen Kredite bei der öffentlichen Hand zu beantragen, was in den vergangenen Monaten einen politischen Prozess in Gang gebracht hatte.

Es ist nicht die einzige Kehrtwende der Stiftung Limmathaus Zürich. So wurde im Oktober bekannt, dass sich die Stiftung auflösen will und das Limmathaus in den Besitz der Stadt Zürich übergehen soll. Auch dieses Vorhaben hat die Stiftung anscheinend wieder aufgegeben. In der Stiftung Limmathaus Zürich sitzen drei von der Stadt Zürich delegierte Personen, womit die Stadt Einfluss auf die oben aufgeführten Entscheidungen der Stiftung hatte.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die plötzlichen Kehrtwendungen der Stiftung von der geplanten Auflösung bis hin zur privaten Finanzierung?
2. Wie beurteilt der Stadtrat den Fakt, dass die Stiftung den Antrag an die öffentliche Hand bezüglich Finanzierung der Instandsetzung lediglich sistiert und nicht zurückgezogen hat?
3. In der Neutralbetrachtung kann der Eindruck entstehen, dass die angekündigten Entscheide / Kehrtwenden der Stiftung Limmathaus zum vermeintlichen Ziele haben, dem bisherigen Mieter X-TRA «den Stecker zu ziehen». Um anschliessend mit dem gewünschten Mieter Impact Hub trotzdem öffentliche Gelder zu beantragen. Dies widerspricht im Kern auch dem Postulat 2022 / 320, welches «gleich lange Spiesse für alle Interessenten» und eine substantielle Auslegeordnung verlangen. Wie würde der Stadtrat reagieren, wenn in einigen Wochen abermals eine Kehrtwende eintreffen würde und die Stiftung Limmathaus wieder um öffentliche Gelder anklopft?
4. Wie haben die städtischen Delegierten im Stiftungsrat abgestimmt bezüglich der privaten Finanzierung? Und mit welcher Begründung?
5. Wird der Stadtrat nun die städtischen Vertreter aus dem Stiftungsrat zurückziehen, weil die Stiftung keine staatlichen Gelder mehr benötigt und die Einflussnahme der Stadt im Stiftungsrat überflüssig wird? Falls Nein, warum nicht?
6. Wie wird sich der Stadtrat zukünftig in Bezug auf den ausstehenden zinsfreien Kredit (Gläubiger = Stadt Zürich // Schuldner = Stiftung Limmathaus; Gemeinderat Beschluss 2672 06.07.1988) von CHF 9.6 Mio. verhalten? Besteht ein Rückzahlungsplan? Wir bitten um den damaligen Darlehensvertrag mit den Rückzahlungsformalitäten.
7. Ist dem Stadtrat bewusst, dass die heutige Planungsunsicherheit für den aktuellen Mieter X-TRA und Ihre 150 Mitarbeitenden existenzielle Ausmasse haben?
8. Gibt es allenfalls eine valable Möglichkeit, dem X-TRA mit dem Ziele des Fortbestehens, eine temporäre Zwischennutzung in einer geeigneten städtischen Liegenschaft zu gewähren?
9. Erhält der vermeintliche, künftige Mieter Impact Hub von der Stadt Zürich finanzielle Beiträge? Wenn ja, zu welchen Zwecken?
10. Aufgrund welcher Basis oder vertraglichen Gegebenheit stützt sich der Impact Hub darauf, dass keine Berechtigung bestehe, für sich einen anderen Standort als das Limmathaus zu suchen? Angesichts des politisch- und in der Öffentlichkeit sehr umstrittenen Entscheides, wie haben sich die städtischen Stiftungsräte zu einem solchen Vertrag positioniert? Was spricht dagegen, dass der Impact Hub berechtigt ist, sich auch nach allfälligen Alternativmöglichkeiten umsehen zu dürfen?
11. Die Stadt Zürich nahm bereits 2019 an Workshops mit der Stiftung Limmathaus teil. Seit Sommer 2022 sind zudem zwei zusätzliche Stiftungsräte der Stadt Zürich in der Stiftung Limmathaus tätig. Welchen Aufwand in Personenstunden (und daraus resultierend Kosten) hat dies für Mitarbeitende der Stadt Zürich, tätig für Belange der Stiftung Limmathaus, generiert?
Wir bitten um die Auflistungen von Personalaufwand und Kosten, erstens gerechnet von Anbeginn der Workshopteilnahme ab 2019 und zweitens gerechnet ab Sommer 2022 (als der Stiftungsrat Limmathaus von zwei weiteren Vertretern der Stadt Zürich aufgestockt wurde).

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 16. Dezember 2022, 14 Uhr.